



# ALTERNDE RÄUME

Infrastruktur &  
Nahversorgung

## Dokumentation des Projekts

---

Auszüge aus den Selbstdarstellungen und Forschungsergebnissen der Lehrforschungsprojekte, die am Forschungsvorhaben der Schader-Stiftung in den Jahren 2008 und 2009 teilgenommen und ihre Arbeiten auf der öffentlichen Fachtagung am 22. Juni 2009 vorgestellt haben

Die Schader-Stiftung führte das Vorhaben gemeinsam mit der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt und im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durch. Es wurde gefördert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

---



design 2009 by konzeption + gestaltung: prof. pfeitorf frankfurt.rheinmain  
realisiert im netzwerk mit michael schumacher, maria hebeisen, christopher  
dürr  
kontakt@konzeption-gestaltung.de

Die Schader-Stiftung hat Anfang 2008 gemeinsam mit der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt Universitäten, Hochschulen und Seniorenakademien dazu aufgerufen, Lehrforschungsprojekte in und für „alternde Räume“ durchzuführen.

„Alternde Räume“ sind Stadtteile oder Regionen, die durch eine statistische Alterung (evtl. auch Schrumpfung) der Bewohnerschaft gekennzeichnet sind. An diesen Räumen lässt sich der Transformationsprozess, den die Städte und Regionen Deutschlands durchlaufen, sowie die Wandlungen, die aufgrund demographischer, aber auch wirtschaftlicher Bedingungen künftig bevorstehen, heute schon ablesen. Versorger in den Bereichen Gesundheit (Hausarzt, Apotheke), Mobilität (ÖPNV) und Wirtschaft (Einzelhandel) ziehen sich aus solchen Räumen oftmals zurück.

Das Projekt, das im Rahmen des Forschungsfelds „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem BBSR gefördert wird, versuchte, bereits in der Forschungsphase eine Vielfalt von Perspektiven herzustellen. Sowohl intergenerativ als auch interdisziplinär ist das Projekt ausgerichtet. Darüber hinaus ist der Schader-Stiftung an einem expliziten Theorie-Praxis-Bezug sowie der Einbindung lokaler Akteure in die Forschungsvorhaben vor Ort gelegen.

Diese Ziele und weitere Forschungsfragen wurden den Lehrforschungsprojekten mit auf den Weg gegeben. Viele Hochschulen waren interessiert. Letztlich bildete sich ein Kern von 12 Lehrforschungsprojekten heraus, die sich dem Aufruf anschlossen, begleitet und unterstützt von der Schader-Stiftung in „alternden Räumen“ jeweils vor Ort forschten und ihre Ergebnisse auf der öffentlichen Fachtagung „Alternde Räume. Infrastruktur und Nahversorgung“ am 22. Juni 2009 vorstellten. In dieser Broschüre befinden sich Auszüge aus den Antworten, die die Lehrforschungsprojekte auf die Fragen der Schader-Stiftung gaben, sowie die von ihnen entwickelten Handlungsempfehlungen.

Bei der Tagung wurden die Lehrforschungsprojekte durch raumhohe Banner vorgestellt, die auch in dieser Broschüre jeweils die Startseite der Lehrforschungsprojekte bilden. Die Gruppen der Studierenden unterscheiden sich nicht nur in ihrer Größe und der altersmäßigen Zusammensetzung, sondern auch in den Disziplinen sowie der Fortgeschrittenheit ihrer Ausbildung. Neben Lehrforschungsprojekten, die von Studierenden im 2. Semester durchgeführt wurden, stehen Projekte in einem Masterstudiengang. Auch die inhaltliche Abgeschlossenheit ist nicht gleich. Manche der Projekte arbeiten noch an den Handlungsempfehlungen, die sich aus ihren Forschungen ableiten lassen. Für diese kam die Veranstaltung zu früh. Nichtsdestotrotz werden deren erste Ergebnisse hier wiedergegeben.

Das Ziel, „alternde Räume“ in Stadt und auf dem Land, im Osten wie im Westen, im kleineren wie im größeren Maßstab zu untersuchen, haben wir dank der engagierten Studierenden sowie deren Dozenten erreicht, wie die folgenden Seiten beweisen. Ebenso die praxisbezogene und interdisziplinäre Vorgehensweise. Es bleibt zu hoffen, dass die entwickelten Handlungsempfehlungen der Lehrforschungsprojekte, bereichert durch die Diskussion in den Arbeitsgruppen sowie im Plenum der abschließenden Fachtagung, auf Widerhall treffen.

## Lehrforschungsprojekte

<b>Nr.</b>	<b>Hochschule</b>	<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
1	Evangelische Fachhochschule Darmstadt	Seniorentreffs der Arbeiterwohlfahrt	5
2	Technische Universität Dortmund	Sicherung der medizinischen Versorgung in Ostholstein	11
3	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Anhalt-Bitterfeld Mobil	19
4	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Gesundheitliche Grundversorgung in Anhalt-Bitterfeld	25
5	Universität Siegen / Fachhochschulen Bochum, Dortmund und Köln	Demografiebezogenes Entwicklungskonzept für Runderoth	31
6	Universität Flensburg	Explorative Vorstudie am Beispiel eines Stadt-Landvergleichs in der Region Flensburg	39
7	Technische Universität Berlin / Institut für Gerontologische Forschung	When I'm sixty-four: das Märkische Viertel im Umbruch	43
8	Technische Universität Dortmund	Zukunft trifft Alter – Sicherung von Versorgung und Verkehr in alternden Räumen am Rande der Großstadt	53
9	Technische Universität Dortmund	„Aging in Place“ oder „Zurück in die Stadt“	61
10	Technische Universität Dortmund / Stadt Hagen	Rahmenplanung für altersgerechte Quartiere in Hagen	65
11	Technische Universität Kaiserslautern	Die alternde Siedlergemeinschaft	75
12	Technische Universität Darmstadt	Alt werden in Wixhausen	79

Die Reihenfolge ergibt sich aus dem Eingang der Anmeldungen.

# Seniorentreffs der Arbeiterwohlfahrt Darmstadt

## Evangelische Fachhochschule Darmstadt

Fachbereich Sozialarbeit / Sozialpädagogik  
35 Studierende des Diplomstudiengangs „Fachwissenschaft Soziale Arbeit – Praxisforschung“  
4 Mitglieder der Akademie 55 plus und 1 AWO-Mitglied  
17 Studierende im Bachelor-Modul „Forschendes Lernen“

Prof. Dr. Gabriele Kleiner

## Darmstadt-Bessungen und Darmstadt-Arheilgen



Traditionelle Seniorentreffs bieten nicht nur regelmäßige soziale Kontakte, sondern stellen auch eine gute Möglichkeit für Informations-, Bildungs- und Kulturveranstaltungen für alle Generationen dar. Untersucht wurden zwei Seniorentreffs der Arbeiterwohlfahrt Darmstadt. Sie befinden sich zentral in den Stadtteilzentren von Arheilgen und Bessungen.

## Forschungsfrage

Wie muss sich die Arbeit der Seniorentreffs der Arbeiterwohlfahrt verändern?  
Wie gestaltet sich der Weg von der Seniorengruppe zum intergenerativen Stadtteiltreff?

## Qualitative, subjektorientierte Forschung

Interviews mit Seniorentreff-Besuchern und Experten → Kontakte im Stadtteil →  
Auswertung der Interviews → Handlungsempfehlungen → Stadtteil Workshop →  
Pilotprojekt intergenerativer Wissenstransfer „Socken von früher – Technik von heute“



## Ergebnisse

Es zeigen sich deutliche Veränderungen der Altersstruktur in den Seniorentreffs:  
Die Besucher werden immer älter. Zugleich sinkt die Zahl der aktiven und engagierten Mitglieder. Wichtig für die Seniorentreff-Besucher ist der Erhalt von Traditionen und die Möglichkeit zur Mitbestimmung und -gestaltung bei Veränderungen.

## Handlungsempfehlungen

### Bildung, Kultur und Begegnung

- Aufbau einer Angebotsstruktur für alle im Stadtteil lebenden Gruppen
- Kooperation und Vernetzung der Angebote
- Initiierung generationsübergreifender Angebote sowie von Projekten für „junge Alte“
- Entwicklung von stadtteilbezogenen, intergenerativen Begegnungsmöglichkeiten

### Bürgerschaftliches Engagement

- Förderung der Arbeit von Ehrenamtlichen, insbesondere in der Gruppe der „jungen Alten“ durch Qualifizierung, Anerkennung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Entwicklung generationenübergreifender Ehrenamtsprojekte

### Gesundheitsförderung und Prävention

- Informationsveranstaltungen
- Konzipierung gesundheitsfördernder, präventiver Projekte, z. B. im Rahmen des „präventiven Hausbesuchs“
- Wahrnehmung und Förderung der Potentiale älterer Menschen im Sinne einer ressourcenorientierten Sicht
- Entwicklung von Angeboten für Menschen mit Demenz und deren Familie
- Angebote für pflegende Angehörige

## Auszüge aus Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Welche Forschungsergebnisse haben Sie erzielt? Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich des Bedarfe und Mängel bei Infrastruktur und Nahversorgung?**

Wichtig sind:

- Erhalt von Traditionen (Kaffeetrinken, Geselligkeit,..)
- Mitbestimmung und -gestaltung bei Veränderungen

Angst besteht:

- vor Verlusten „des Gewohnten“
- vor „Umständen“
- vor Enttäuschung
- bezüglich fehlender Rücksichtnahme auf die eingeschränkte körperliche Konstitution
- bzgl. der (gepflegten) Räumlichkeiten

Als Interessen stehen im Vordergrund:

- Informationen und Vorträge zu Fragen der Alterssicherung, Rechtsfragen und lebenspraktischen Dingen, z. B. Umgang mit Handy, Computer
- Zeitzeugengespräche (mit jungen Menschen)
- Reisen - Urlaub - Aktiv sein (z. B. Seniorensport und –gymnastik)
- Kontakte zu anderen Einrichtungen

Als Wünsche und Forderungen werden genannt:

- Fahrdienste
- Einbindung von mehr Freiwilligen
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit

## Auszüge aus den Handlungsempfehlungen

### **Ausgangslage - Kommunen im demografischen Wandel**

Die AWO bietet in Darmstadt fünf Seniorentreffs an, die - bezogen auf Inhalte und Angebote, aber auch auf Besucher/innenzahlen - unterschiedlich aktiv sind. In vier Ortsverbänden – und damit in vier unterschiedlichen Stadtteilen - treffen sich SeniorenInnen zweimal in der Woche, die Besucherzahl variiert von 5 bis 20 Personen, je nach Programmangebot. Die Treffs sind organisiert von einer Gruppe ehrenamtlich engagierter langjähriger Mitglieder der AWO. Seit Jahren ist eine Entwicklung zu verzeichnen, die eine deutliche Veränderung in der Altersstruktur sowohl der OrganisatorenInnen wie auch der BesucherInnen der Seniorentreffs zeigt, beide Gruppen werden immer älter und die Zahl der aktiven und engagierten Mitglieder immer kleiner. Die Herausforderung für eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Seniorentreffs soll darin liegen, die Gruppe der NutzerInnen zu erweitern, die Seniorentreffs also verstärkt in das soziale und kulturelle Leben des Stadtteils zu integrieren und dadurch auch die Nutzung der Räumlichkeiten zu optimieren und für andere Generationen zu öffnen.

Um die AWO-Treffs und die bestehenden Ressourcen und Potentiale zu sichern, ist eine nachhaltige Entwicklung der aktuellen Strukturen, eine Öffnung für andere Generationen und eine Orientierung an der Situation im Stadtteil notwendig.

Potenziale und Ressourcen des Alter(n)s müssen in zukünftige Konzepte von Altenhilfeplanungsprozessen stärker integriert werden. Partizipation und Teilhabe sollten dabei die wichtigsten Bezugspunkte in den quartiersbezogenen Aushandlungsprozessen städtischer Daseinsvorsorge darstellen.

Lebensweltorientierung fokussiert auf autonome Lebensentwürfe. Sie stellt die Handlungsfähigkeit des Individuums in den Vordergrund, nutzt alle vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen als Voraussetzungen für ein unabhängiges Leben und weist damit starke Affinitäten zu gerontologischen Konzepten und Theorieansätzen auf. Lebensweltorientierung versucht die Trennung in gesundes-aktives-positives Alter(n) und abhängiges-negatives Alter(n) aufzubrechen.

## **Praxisimplikationen – Handlungsempfehlungen**

### **Bildung, Kultur und Begegnung**

Der Ansatz einer gemeinwesenorientierten und auf alle Generationen im Stadtteil gerichtete Soziale Arbeit, welche die verschiedenen Bedürfnisse der im Stadtteil lebenden Menschen im Blick hat, sollte künftig die Angebotsstruktur für Bildung, Begegnung und Kultur in den Stadtteilen bestimmen.

Handlungsempfehlungen:

- Stadtteilanalysen
- Aufbau einer Angebotsstruktur, die sich an den Bedürfnissen und Bedarfslagen aller im Stadtteil lebenden Gruppen orientiert
- Kooperation und Vernetzung der Angebote
- Initiierung generationsübergreifender Angebote
- Projekte für „junge Alte“
- Entwicklung von stadtteilbezogenen, intergenerativen Begegnungsmöglichkeiten

### **Bürgerschaftliches Engagement**

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hat in vielen Bereichen der Sozialen Arbeit eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Eine qualifizierte Ausbildung und Begleitung der ehrenamtlich Engagierten ist dabei ebenso unerlässlich wie die Stärkung professioneller Strukturen.

Handlungsempfehlungen:

- Förderung, Qualifizierung, Begleitung und Unterstützung der Arbeit von Ehrenamtlichen, insbesondere in der Gruppe der „jungen Alten“
- Anerkennung und Etablierung des Ehrenamtes
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Ehrenamt
- Entwicklung generationsübergreifender Ehrenamtsprojekte im Stadtteil

## **Gesundheitsförderung und Prävention**

Gesundheitsförderung und Prävention ist ein - in allen Lebensphasen – wichtiges Ziel. Daher sollten gesundheitsfördernde und präventive Angebote stärker gefördert und entwickelt werden.

Handlungsempfehlungen:

- ❖ Informationsveranstaltungen
- ❖ Konzipierung gesundheitsfördernder, präventiver Projekte, z. B. im Rahmen zugehender Sozialer Arbeit das Angebot des „präventiven Hausbesuchs“
- ❖ Wahrnehmung und Förderung der Potenziale älterer Menschen im Sinne einer ressourcenorientierten Sicht
- ❖ Differenzierung der Angebote unter Berücksichtigung der verschiedenen Potentiale und Bedürfnislagen älterer Menschen
- ❖ Entwicklung von Angeboten für Menschen mit Demenz und deren Familie
- ❖ Angebote für pflegende Angehörige

## **Lösungsansatz**

Favorisiert wurde als Pilotprojekt ein „Intergenerativer Wissenstransfer“ in Form eines generationenübergreifenden Handarbeits-Technik-Projektes „Socken von früher – Technik von heute“

## **Ansprechpartnerin:**

Prof. Dr. Gabriele Kleiner  
Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Fachbereich Soziale Arbeit  
Zweifalltorweg 12  
64293 Darmstadt  
Tel.: 06151 / 87 98 21  
E-mail: kleiner@efh-darmstadt.de



# Sicherung der medizinischen Versorgung in Ostholstein

## Technische Universität Dortmund

Fakultät Raumplanung, Fachgebiet Politische Ökonomie  
mit Schwerpunkt Raumwirtschaftspolitik  
14 Studierende der Raumplanung

Dipl.-Ing. Anke Bergmann  
Beratung: Dr. Claus Schönebeck, Dipl.-Ing. Kirsten Staubach



## Der Kreis Ostholstein



Der Kreis Ostholstein mit 203.000 Einwohnern liegt im Osten des Bundeslandes Schleswig-Holstein und ist eher ländlich geprägt. Das Durchschnittsalter der Einwohnerschaft steigt in den nächsten 20 Jahren laut Prognosen von heute 45,1 Jahren auf 51,4 Jahre an. Ostholstein ist somit der Kreis Schleswig-Holsteins mit der ältesten Bevölkerung.

## Forschungsfrage

Wie kann zukünftig die medizinische Versorgung im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nachhaltig sichergestellt werden?

## Analyse der Region und Befragungen

Analyse der Region → Fünftägige Exkursion nach Ostholstein → Expertengespräche →  
Passantenbefragung → Schriftliche Befragung von Allgemeinmedizinerinnen → Zukunftswerkstatt



## Ergebnisse

Ein großes Problem Ostholsteins ist die Aufrechterhaltung des Bestands an öffentlichen Einrichtungen und Hausarztpraxen. Schulen sind schon jetzt nicht mehr ausgelastet, ebenso der ÖPNV, welcher einen elementaren Teil der Infrastruktur ausmacht. Die medizinische Infrastruktur des Kreises ist derzeit noch positiv zu beurteilen. Angesichts des demografischen Wandels und seiner Folgen gilt es jedoch, den momentanen Standard trotz der Ausdünnung aufrecht zu erhalten, um die Attraktivität des Kreises, vor allem für Ärzte, zu bewahren.

## Handlungsempfehlungen

Gesundheitskonzept in drei Bausteinen:

### Angebot

- MarktTreffs als kleinräumliche Konzentration von medizinischen und weiteren Leistungen
- Einsatz von Pflegeschwestern mit erweiterten Kompetenzen zur häuslichen Behandlung von chronisch kranken und besonders immobilen Menschen
- Schaffung finanzieller Anreize zur Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum

### Erreichbarkeit

- Patientenbus soll die Erreichbarkeit zu den MarktTreffs sichern

### Kommunikation

- Förderung der Vernetzung zwischen den Ärzten
- Schaffung von unbürokratischeren Verfahren bei Überweisungen und Übermittlung von Patientendaten
- Gesundheitskarte als Grundlage zur effizienten Versorgung der Patienten
- Videotelefonie als Verbindung zwischen Pflegeschwester und Hausarzt
- Konzept eines Praxisnetzes, das für Kooperation innerhalb eines Versorgungszentrums sorgen und darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen den Zentren erleichtern soll

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### Wo liegen die größten Probleme? Welche Lösungsansätze sind möglich?

Momentan ist das Problem noch nicht sehr ausgereift, in Zukunft wird sich jedoch die Erreichbarkeit und die Anzahl der Ärzte als das größte und schwerwiegendste Problem herausstellen. Der demographische Wandel in Bezug auf die medizinische Versorgung stellt ein großes Problem dar: die Anzahl älterer Menschen steigt, daraus resultiert ein vermehrter Bedarf an medizinischer Versorgung und gleichzeitig ein Nachwuchsmangel in der Medizinbranche. Es bestehen auch Probleme bei der Ansiedlung neuer Ärzte: Die weichen Standortfaktoren müssen ausgebaut werden um Anreize zu schaffen. Zudem muss es finanzielle Zuschüsse geben für Ärzte, die auf dem Land arbeiten. Lösungsansätze wären z.B. Ärztehäuser mit ausgebautem ÖPNV-Netz und mobile Versorgungen.

### Ergebnisse

Ein Überblick über die in Ostholstein vorhandenen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken ist in der folgenden Tabelle gegeben.

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• (Gesundheits-)Tourismus</li> <li>• Erholungsfunktion</li> <li>• Vorhandene Infrastruktur</li> <li>• Geringe Flächenversiegelung</li> <li>• Viele und gute Kliniken</li> <li>• Niedrige Grundstückspreise</li> <li>• Motorisierter Individualverkehr Erreichbarkeiten (Oberzentren/Autobahnen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alterungstendenzen</li> <li>• Verhaltenes Wirtschaftswachstum</li> <li>• Weiche Standortfaktoren</li> <li>• Tragfähigkeit öffentlicher Einrichtungen</li> <li>• Wenig unternehmensnahe Dienstleistungen</li> </ul>

Aus den vorhanden Stärken und Schwächen lassen sich die im Folgenden genannten Chancen und Risiken für die Region ableiten:

Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> <li>• (Gesundheits-)Tourismus – positive Effekte auf Einzelhandel</li> <li>• ÖPNV Sonderformen</li> <li>• Wirtschaftsdreieck Holstein-Ost (Gesundheitswirtschaft)</li> <li>• Seniorenquote eröffnet Marktchancen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vernachlässigung des ländlichen Raumes</li> <li>• Finanzknappheit der Kommunen</li> <li>• Ausdünnung der Infrastruktur</li> <li>• Nachwuchsmangel an Allgemeinmedizinern</li> </ul>

## Handlungsempfehlungen

### **Gesundheitskonzept zur Stärkung der medizinischen Versorgung in Ostholstein**

Die Handlungsempfehlungen leiten sich direkt aus der Theorie und der Analyse Ostholsteins ab und orientieren sich an bereits vorhandenen Beispielprojekten.

Zusammengefasst lässt sich das Gesundheitskonzept in die drei Bausteine

- Angebot,
- Erreichbarkeit und
- Kommunikation

aufteilen.

#### **1. Angebot**

Der Baustein „Angebot“ reagiert auf den durch den demografischen Wandel verursachten zukünftigen Nachfrageüberschuss im Bereich der medizinischen Versorgung. Resultierend aus der wachsenden Anzahl älterer Menschen und dem gleichzeitigen Nachwuchsmangel an Allgemeinmedizinern kann die bisherige Organisation der Versorgung an medizinischen Leistungen in ländlichen Gebieten über das Zentrale Orte Konzept nicht mehr sichergestellt werden.

Als Lösungsansatz dient der Grundsatz der dezentralen Konzentration bzw. eine kleinräumliche Konzentration von medizinischen und weiteren Leistungen in Form von Mikrobollectionszentren.

#### *Markttreff*

Als Träger der dezentralen Versorgungsstandorte wird das Konzept Markttreff herangezogen. Zentrale Bestandteile des Markttreffs stellen Einzelhandel und medizinische Versorgung in Form von Hausärzten dar. Je nach Größe des Einzugsbereichs können die Leistungen um Fachärzte, Apotheken oder Angebote der Gesundheitsprävention erweitert werden. Konkret lassen sich folgende Vorteile ableiten:

- Geringere Belastung der Ärzte durch (Markttreff-)interne Koordination der Notdienste und eine effizientere Auslastung der Praxen auf Basis der Vorgaben der Bedarfsplanungsrichtlinie.
- Präventionsangebote wie z.B. Nordic Walking oder Kochkurse zur gesunden Ernährung, beugen altersbedingten Krankheiten vor und verringern die medizinische Nachfrage und die Kosten. Diese Angebote können unter ärztlicher Aufsicht stehen und von den Krankenkassen unterstützt werden.
- Zudem unterstützen solche Angebote durch die gemeinsame Teilnahme der Bewohner die Funktion „Treffpunkt der Dorfgemeinschaft“.

#### *Pflegeschwester*

Die Pflegeschwester basiert auf dem Modellprojekt AgnES. Sie/Er wird als medizinisches Pflegepersonal mit erweiterten Kompetenzen und zur häuslichen Behandlung von chronisch kranken und besonders immobilen Menschen eingesetzt. Das Ziel dieses Konzeptes ist es, den Arzt zu entlasten, da auch Tätigkeiten übernommen werden, die über den normalen Kompetenzbereich des Pflegepersonals hinaus gehen. Positiver Nebeneffekt ist es, dass der Arzt mehr Zeit für den Einzelnen in der Praxis zur Verfügung

hat. Die Kommunikation zwischen Pflegeschwester und Arzt wird durch Videokommunikation (siehe Baustein 3) unterstützt.

### *Anreize*

Damit auch zukünftig eine ausreichende Anzahl an Ärzten in ländlichen Regionen vorhanden ist, müssen ihnen Anreize in Form von finanziellen Zuschüssen geboten werden. Gemeinden können aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechtes und ihrer damit verbundenen kommunalen Finanzhoheit finanzielle Anreize bieten. Das könnte so aussehen, dass beispielsweise ein Allgemeinmediziner, der sich in einem ländlich peripheren Gebieten niederlässt, Subventionen durch die Gemeinde erhält. Die Höhe der Subventionen richtet sich nach der Entfernung des Praxisstandortes zu Ober- und Mittelzentren. Je größer die Distanz ist, desto höher fallen die Zuschüsse aus. Zudem wird die Praxiseröffnung im MarktTreff durch eine geringe Pacht gefördert.

Abgesehen von der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen sind die weichen Standortfaktoren einer Region ausschlaggebend für die Entscheidung eines Arztes, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Obwohl diese im Rahmen des Projektes nicht behandelt wurden, soll auf ihre große Bedeutung hingewiesen werden, um sie in weiteren Planungen zu berücksichtigen.

## **2. Erreichbarkeit**

Gebiete in der Peripherie, die von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sind, weisen große Defizite im Bereich ÖPNV auf. Durch die sinkende Nachfrage wird sich die Lage auch zukünftig weiter verschlechtern, was gerade für ältere Menschen ein Erreichbarkeitsproblem bezüglich der medizinischen Anlaufstellen darstellt. Der Baustein „Erreichbarkeit“ soll einen wirtschaftlich tragbaren Ansatz zur Behebung dieses Problems liefern.

### *Patientenbus*

Aufbauend auf dem Konzept „Anrufbus“ des Kreises Ostholstein soll ein „Patientenbus“ die Erreichbarkeit zu den Markttreffs, unabhängig von der individuellen Mobilität der Patienten und sonstigen Fahrgäste, sichern. Im Falle einer Vollauslastung werden Patienten jedoch bevorzugt.

Weitere Merkmale des Dienstes sind:

- Der Start- und Endpunkt jeder Linie ist durch den jeweiligen Markttreff definiert, so dass eine Erreichbarkeit von max. 30 Minuten gewährleistet ist. Die Route orientiert sich an festgelegten Haltepunkten.
- Für besonders immobile oder durch die Haltepunkte nicht erfasste Personen wird ein gesondertes Fahrzeug für die Abholung von Zuhause eingesetzt, um Abweichungen von der Route zu begrenzen.
- Der Bus verkehrt zeitlich und z.T. räumlich außerhalb des regulären ÖPNV-Angebots nach einem Bedarfsfahrplan und gibt mögliche Abholtermine vor. Dabei wird der Einsatz als Ergänzung zum normalen Linienverkehr angesehen.
- Der Tarif für den Patientenbus entspricht dem Tarif des örtlichen Verkehrsverbundes zzgl. 1 € pro Strecke. Dieser Zuschlag dient der besseren Kostendeckung und wird – entsprechend den Erfahrungen aus dem Anrufbus Ostholstein – als zumutbar empfunden

- Der Patientenbus kann Ressourcen sparend eingesetzt werden, da Kleinbusse fahren, die im Gegensatz zu normalen Linienbussen einen geringeren Benzinverbrauch haben. Leerfahrten werden umgangen, da der Bus nur bei Bedarf fährt.

### 3. Kommunikation

Mit dem Baustein „Kommunikation“ wird die Vernetzung zwischen den Ärzten gefördert und vereinfacht. Da mit der wachsenden älteren Bevölkerung ein Anstieg von Alterskrankheiten einhergeht, wird eine intensivere medizinische Beratung der verschiedenen Experten untereinander erforderlich. Unbürokratischere Verfahren bei Überweisungen und bei der Übermittlung von Patientendaten müssen ermöglicht werden,

- um Patienten Wege zu ersparen,
- um die Behandlung durch den Informationsaustausch verschiedener Experten zu optimieren,
- um somit eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu erreichen und
- eine effizientere Auslastung der medizinischen Kapazitäten für gleichmäßige Rentabilität der einzelnen Praxen innerhalb des Netzes zu gewährleisten.

#### *Gesundheitskarte*

Die Gesundheitskarte stellt die Grundlage zur effizienten Versorgung des Patienten dar. Um datenschutzrechtlichen Bedenken vorzubeugen, werden auf der Karte nur Daten gespeichert, die für eine schnelle und reibungslose medizinische Behandlung benötigt werden (Name, Allergien, Behandlungsgeschichte etc.).

Die Gesundheitskarte ermöglicht

- einen direkten Zugang zu Informationen über den Patienten und seine Behandlung. Der Einsatz von Medikamenten kann gezielt erfolgen und das Risiko allergischer Reaktionen gesenkt werden.
- dem Allgemeinmediziner einen schnellen Zugang an Informationen der Fachärzte, um den Patienten entsprechend zu behandeln.
- eine Kostensenkung durch Vermeidung von Mehrfachüberweisungen und der Nutzung als elektronisches Rezept.
- eine Verknüpfung mit dem oben dargestellten Konzept der „Pflegeschwester“, um eine bessere Kommunikation zwischen Schwester und Arzt herzustellen.

Die Speicherung der Daten soll in Anlehnung an das Kontosystem von Kreditinstituten geschehen. Die Daten des Patienten werden zentral gesichert und können nur mit der Chipkarte und einem Pin eingesehen werden. Zusätzlich werden Master-Pins an Notärzte vergeben, damit die Daten im Notfall schnell eingesehen werden können.

Im Rahmen des Versorgungskonzepts bleibt der Zugriff auf die Karte im ersten Schritt als Modellprojekt den Versorgungszentren innerhalb der MarktTreffe in Ostholstein vorbehalten. Eine Übertragung auf ein weiträumigeres Anwendungsgebiet z.B. auf Landesebene ist denkbar.

### *Videotelefonie*

Die Integration der Videotelefonie dient der Verbindung zwischen Pflegeschwester und Hausarzt im Bedarfsfall und für Hilfestellungen. Diese Art der Kommunikation ist vor allem bei chronisch kranken Patienten denkbar. Der Arzt kann sich selber ein Bild vom gesundheitlichen Zustand machen und hat gleichzeitig eine Zeitersparnis gegenüber dem Hausbesuch.

Bei Erfolg ist eine Ausweitung der Videotelefonie auf die Verbindung zwischen den Ärzten der Gesundheitszentren vorstellbar.

### *Praxisnetz*

Das Praxisnetz-Konzept ist in seiner Funktion stark an das Modellprojekt „Praxisnetz“ angelehnt. Der Unterschied besteht darin, dass die Kommunikation auf zwei Ebenen erfolgt:

Die erste Ebene beschreibt die Kooperation innerhalb eines Versorgungszentrums, die vor allem die Arbeitsteilung zwischen den Allgemeinmedizinerinnen effizienter gestalten soll. Außerdem werden Patienten bevorzugt an hausinterne Fachärzte überwiesen. Wie im Ursprungskonzept wird die Organisation der Notdienste durch interne Absprachen erleichtert.

Die zweite Ebene geht auf die Zusammenarbeit zwischen den Zentren ein. Durch die Anwendung des Praxisnetzes wird eine schnelle Überweisung zwischen Fachärzten und von Hausärzten zu Fachärzten ermöglicht.

## **4. Fazit Gesundheitskonzept**

Die Besonderheit am Gesundheitskonzept Ostholstein ist sein modularer Aufbau. Die Bausteine „Angebot“ und „Kommunikation“ sind einzeln anwendbar. Der Baustein „Erreichbarkeit“ ist an den Baustein „Angebot“ gebunden, da die erarbeiteten ÖPNV-Sonderformen speziell auf den Transfer zwischen Wohnort und Allgemeinmediziner ausgerichtet sind.

Je nach Bedarf bzw. finanziellen Möglichkeiten kann einer der beiden Bausteine herausgegriffen und so nur Teile des Konzepts umgesetzt werden. Auf diese Weise kann es auch auf andere ländliche Regionen mit ähnlicher Problematik übertragen werden, die aber beispielsweise bereits über eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur verfügen. Das Gesamtkonzept als Lösungsmöglichkeit für die Region Ostholstein anzubieten war jedoch Zweck und oberstes Ziel des Konzepts.

### **Ansprechpartnerin:**

Dipl.-Ing. Anke Bergmann  
Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung  
August-Schmidt-Str. 6  
44227 Dortmund  
Tel.: 0231 / 755 4710  
E-mail: anke.bergmann@tu-dortmund.de

# Anhalt-Bitterfeld Mobil

## Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Soziologie  
3 Studierende der Soziologie im höheren Semester

Prof. Dr. Reinhold Sackmann  
Dr. Roswitha Eisentraut

## Landkreis Anhalt-Bitterfeld



Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist eine Gebietskörperschaft im Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Einwohnerzahl betrug im Jahr 2008 183.531 Personen. Der Untersuchungsraum umfasst 11 Städte. Es handelt sich um schrumpfende Kommunen, so dass eine weniger dichte und zunehmend verstreute Siedlungsstruktur beobachtbar ist, welche sich negativ auf die Infrastruktur und deren Bereitstellung auswirkt.

## Forschungsfrage

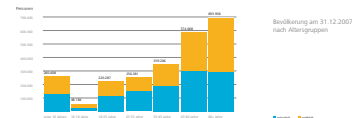
Wie muss sich der öffentliche Personennahverkehr dem demografischen Wandel anpassen?

## Qualitative Vorgehensweise

Leitfadengeleitete Experteninterviews → Verdeckte teilnehmende Beobachtung → Befragung von Festbesuchern

## Ergebnisse

Die sinkenden Schülerzahlen haben zur Folge, dass die Taktzeiten des ÖPNV reduziert werden und / oder das Netz verkleinert wird. Die bereits eingeführte Option des Anrufsbusystems ist für seine Nutzer mit noch zu vielen Einschränkungen versehen. Nur durch viel Eigeninitiative lassen sich Mängel in der Verkehrsinfrastruktur ausgleichen.



## Handlungsempfehlungen

- Verbesserung des Angebots eines Anrufsbus durch Einrichtung eines Flächenbetriebes, d. h. feste Einstiegshaltestellen mit freien Ausstiegsmöglichkeiten, durch Anbindung an bestehende Grauzonen, die bisher nicht in den ÖPNV integriert werden konnten, und durch Abbau von komplizierten Bedingungen zur Nutzung des Anrufsbus
- Der Anrufsbus soll nicht als Ersatz für den ÖPNV Nutzung finden, sondern als ein Flexibilisierung-, Erweiterungs- und Aufstockungsinstrument.
- Einrichtung so genannter „zentraler Orte“, an denen wichtige infrastrukturelle Schnittpunkte zusammenlaufen und die mit einer sehr guten verkehrstechnischen Anbindung versorgt sind – dabei Berücksichtigung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung
- Sowohl für alte als auch junge Menschen müssen besondere Angebote bereitgestellt werden. Damit soll der Trend zur Abwanderung jüngerer Menschen gestoppt werden.
- Sicherung und Ausbau von Qualifizierungseinrichtungen
- Anhebung der Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen und älteren Menschen
- Senkung des Anteils Jugendlicher ohne Berufsabschluss
- Ausbau, Anpassung und Rückbau von Infrastrukturleistungen

Schader stiftung

gesellschaftswissenschaften < > praxis

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## Auszüge aus Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Wo liegen die größten Probleme? Welche Lösungsansätze sind möglich?**

- Es erfolgt kein intergenerationeller Austausch zwischen „allen“ Altersgruppen (Jugendliche werden nicht integriert)  
→ nicht nur ältere Menschen als Problemgruppe zentralisieren, auch junge Menschen gehören dazu!
- Schülerzahlen sanken dieses Jahr erneut um 4% → Schaffung einer Anreizstruktur für Zuzug junger Familien mit Kind

### **Ergebnisse**

Bezogen auf den Verband (*Anmerkung: Verband, der sich zur Aufgabe gemacht hat, soziale Einrichtungen und Dienste für unterschiedliche Bedürfnisse, vor allem älterer Menschen, bereitzustellen*) lässt sich sagen, dass die Mobilität und Nahversorgung auf Grund von sehr viel Eigeninitiative gut funktioniert. So werden z.B. unter den Mitgliedern Fahrgemeinschaften gebildet und bei größeren Ausfahrten werden die Teilnehmer persönlich abgeholt und wieder nach Hause gebracht. Das bedeutet meist längere Fahrtzeiten für die zuerst zugestiegenen – so kann es bis zu zwei Stunden dauern ehe alle Teilnehmer abgeholt wurden – aber so wird niemand von gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen. Dem Verband ist die eingeschränkte Infrastruktur, besonders in den ländlichen Regionen des untersuchten Landkreises, durchaus bewusst, welcher er mit viel Engagement und Motivation entgegenwirkt.

Im Interview mit dem Verantwortlichen des ÖPNV wurde uns bestätigt, dass die Schülerzahlen in dem untersuchten Landkreis sinken, was sich auch finanziell bemerkbar macht. Eine Nahversorgung und Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel ist aufgrund sinkender Nachfrage in dem bisherigen Maße nicht mehr finanzierbar. Eine oft ergriffene Maßnahme, um der geringen Nachfrage und den sinkenden Einnahmen entgegenzuwirken, ist die Reduzierung der Taktzeiten und/oder die Verkleinerung des Netzes. Häufig gibt es gerade in den Nachmittag- und Abendstunden gar keine Angebote des ÖPNV mehr. Dies jedoch hat eine deutliche Verschlechterung der Gewährleistung von Mobilität zur Folge.

Erste Maßnahmen, um Abhilfe zu schaffen die beiden Interessenseiten dienlich ist, wurden in dem untersuchten Landkreis bereits ergriffen, sind aber noch auszubauen.

## Auszüge aus den Handlungsempfehlungen

In schrumpfenden Kommunen, wie dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld, ist eine weniger dichte und gleichermaßen zunehmend verstreute Siedlungsstruktur sehr häufig beobachtbar, welche sich sehr negativ auf die Infrastruktur und deren Bereitstellung auswirkt. Der ÖPNV ist hier die flankierende Maßnahme schlechthin. Häufig ist er in ländlichen Regionen aufgrund sinkender Nachfragezahlen in dem gewohnten Maße nicht mehr finanzierbar. Die Taktzeiten zu reduzieren oder das Netz zu verkleinern ist dann eine häufig favorisierte Maßnahme, führt sie doch aber auf der anderen Seite zu einer deutlichen Verschlechterung der Versorgungslage. Die **Einführung von Anrufbussen**, wie dies im Landkreis Anhalt-Bitterfeld bereits eingerichtet wurde, und **Sammeltaxen** ist eine deutlich kundenfreundlichere Alternative zum Wegfall ganzer



Beförderungsstränge. Eine mögliche Erweiterung dieses Konzeptes des Anrufbusses bestünde für den Kreis in der **Einrichtung eines Flächenbetriebes**. Das meint, dass man zwar feste Einstiegshaltestellen vorsieht, jedoch dem Fahrgast einen freien Ausstieg ermöglicht. Von den Verantwortlichen des Kreises wäre hierfür allerdings eine weitere Planung hinsichtlich der Anzahl der zusätzlich benötigten Fahrzeuge sowie deren Anbindung an den bereits bestehenden Linienverkehr von Nöten. Aus unseren Untersuchungsergebnissen geht hervor, dass es immer noch Gebiete gibt, in denen der ÖPNV den Schülern kein Angebot ‚vorhalten‘ kann und diese mit privaten Mitteln ihrer Schulpflicht nachkommen müssen. Einen entscheidenden Vorteil des Anstoßes eines solchen Projekts stellt die **Anbindung bestehender Grauzonen** dar, die bisher gerade nicht in den ÖPNV integriert werden konnten. Solche Denkansätze sind es, die besonders der immobileren älteren Bevölkerung ländlicher Räume in den kommenden Jahren immer unverzichtbarer werden wird.

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld bedient sich bereits der Option des Anrufbussystems. Augenscheinlich ist dieses System für den Nutzer aber noch mit sehr vielen Einschränkungen versehen. Beispielsweise ist das Anfordern eines Anrufbusses erst eine Stunde nach dem offiziellen Linienverkehr erlaubt und erwünscht, zudem auch nur in einer einstündigen Taktfrequenz möglich. Eine einschlägige Zielgruppenproblematik lässt sich leicht ableiten. Die Hemmschwelle, zum Telefonhörer zu greifen, wird für den Nutzer durch solcherlei Regelungen stark erschwert. Betrachtet man den immer größer werdenden Kreis der betagteren Fahrgäste, so lässt sich vermuten, dass deren Zurückhaltung gegenüber dem Angebot in gleichem Maße steigt wie dessen Reglementierungen zunehmen. Darüber hinaus führt eine solche nicht flexible Auslegung eines eigentlich flexibilitätsgenerierenden Systems zu dessen Hinfälligkeit. Der Anrufbus kann kein Ersatz für den Wegfall des ÖPNV in den Nachmittag- und Abendstunden darstellen, vielmehr ist er **ein Flexibilisierungs-, Erweiterungs- und Aufstockungsinstrument zu dem regulären Linienverkehr**. Dem Landkreis sollte diese Grundidee des Anrufbusses unbedingt wieder näher gebracht werden, damit die Einführung dieser ursprünglich sehr innovativen Alternative nicht auf das Niveau unzureichenden Linienverkehrs abgesenkt wird.

Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt stellt die **Einrichtung sogenannter ‚zentraler Orte‘** dar, an denen **wichtige infrastrukturelle Schnittpunkte** (wie Schulen, Banken, Einkaufsmöglichkeiten, Ärztehäuser etc.) zusammenlaufen und die mit einer sehr guten verkehrstechnischen Anbindung versorgt sind. Viele regionale Entwicklungspläne gehen noch zu sehr von falschen Wachstumserwartungen aus. Nützlich kann es daher auch sein **das Zentrale-Ort-Netz neu zu strukturieren** und hierbei die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung, sowie die neuen Einzugsbereiche und Erreichbarkeitsverhältnisse zu berücksichtigen. Zeichnet sich beispielsweise ab, dass eine Nachbarkommune eine bessere Wachstumsprognose aufweist, so kann es durchaus funktional sein die Unterversorgung der einen mit dem Neubedarf der anderen Kommune zu koordinieren.[Kocks (2006): 98]<sup>1</sup> So sind Schulschließungen und -zusammenlegungen nicht immer als reiner Verlust zu bewerten. In einigen Fällen können kreisübergreifende schulische Angebote kostenträchtige Überangebote verhindern und die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten einer Region erhalten. Ein Abgleich mit der Wirtschaft vor Ort ist sinnvoll. Dort wo bestimmte Berufsfelder von regionalen Unternehmen besonders stark nachgefragt werden, können die Schulen ausgebaut und mit den Schülern der geschlossenen Schulen aufgestockt werden, so

---

<sup>1</sup> In: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden

dass die Tragfähigkeit der wenigen Schulen gesichert wird. In solch eine Entscheidung ist aber nicht nur die Schülerzahl einzubeziehen, sondern es sollte auch auf eine Minimierung der Fahrtkosten und die Nähe zu kompatiblen Unternehmen geachtet werden. Die Zielstellung besteht immer in einer Anpassung der Infrastruktur an weniger Menschen unter Beibehaltung der bereits erreichten Qualität.

Eine gute **Erreichbarkeit infrastruktureller Einrichtung** ist im Besonderen auch für ältere Menschen ein kostbares Gut. Deren Wunsch, möglichst lange selbstständig wohnen zu können, ist nur dann realisierbar, wenn sie in einer altersgerechten Wohnung leben können die ihnen die Möglichkeit bietet leicht alle wichtigen Versorgungseinrichtungen erreichen zu können. Nicht allein der Wohnraum ist also entscheidend, sondern auch das nutzbare Nahversorgungsangebot, der Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel beispielsweise, aber auch die Nähe zu Service- und Unterstützungseinrichtungen, sowie ein Umfeld das den subjektiven Sicherheitsbedürfnissen nachkommt. Diese infrastrukturellen Gesichtspunkte sind besonders dahingehend von Bedeutung, da immer weniger alte Menschen auf stabile Netzwerke innerhalb der Familie oder Verwandtschaft zurückgreifen können. Auf diese Weise werden **Dichte und Zentralität** für die Förderung altersgerechten Wohnens und Lebens zukünftig zu Schlüsselbegriffen avancieren müssen, bedenkt man einschlägige Prognosen die von einem Anstieg des Medianalters von 43 Jahren im Jahr 2003 um 10% bis in das Jahr 2020 ausgehen. Die Hälfte der Bevölkerung, des Clusters dem der Landkreis Anhalt-Bitterfeld bei solchen Analysen zugeordnet wurde, wird dann älter als 50 Jahre sein.[Flötmann, Tovote, Schleifnecker (2006): 75f.]<sup>2</sup> Darüber hinaus sei eine überproportionale Spreizung der Schere zwischen Jung und Alt zu erwarten. Derzeit sind „über 28 Prozent der Einwohner [dieses Clusters] älter als 60 Jahre und 4,6 Prozent älter als 80 Jahre. Der Anteil der über 60-Jährigen wächst bis 2020 auf knapp 40 Prozent. Während dann jede/r Zehnte älter als 80 ist, wird nur jede/r Achte noch nicht volljährig sein.“[ebd.: 76]

Wie durch die eben vorgestellte Prognose ersichtlich wurde, sind neben der älteren Bevölkerung auch die jungen Menschen eine Personengruppe für die nun spezielle Angebote bereitgestellt werden müssen. Für beide Gruppen sind zukünftig extreme Werte zu erwarten. Bei den Kindern und Jugendlichen geht es aber nicht allein um deren Lebensgestaltung, sondern auch darum ihren generellen zahlenmäßigen Rückgang zukünftig abzuschwächen, wenn nicht gar zu stoppen. Um den **Trend zur Abwanderung jüngerer Menschen zu beeinflussen**, ist es in besonderer Weise notwendig **Angebote für junge Familien** bereitzustellen. Ein solches Angebot kann beispielweise **die Sicherung und der Ausbau von Qualifizierungseinrichtungen** sein. Ein solches Vorgehen trüge zur Identifikation mit und zur Bindung an die Heimatregion der jungen Menschen bei. Überdies könnte so die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen eine Stärkung erfahren. Ziel sollte es werden die **Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen anzuheben, im Besonderen die von Frauen und älteren Menschen, sowie den Anteil Jugendlicher ohne Berufsabschluss abzusenken**.

Wie der Experte für den ÖPNV im Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Interview verdeutlichte, ist das am stärksten für ihn wahrnehmbare Problem, dass der Kreis einen jährlichen Rückgang der zu befördernden Kinder von etwa vier Prozent verzeichnet. An dieser Stelle wird klar, dass die Förderung und Betreuung der Familien ein wichtiges planerisches Element darstellt.

---

<sup>2</sup> In: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden

In Abhängigkeit von der demografischen Situation und den zukünftig erwarteten Entwicklungen ist für jeden einzelnen Versorgungsbereich zwischen Ausbau, Anpassung und Rückbau zu entscheiden. Eine Abstimmung der Leistungen ist dabei eine unverzichtbare Voraussetzung zur Nutzung von Synergieeffekten.

Der **Ausbau** von Infrastrukturleistungen ist organisational wohl noch am einfachsten umzusetzen, da hier bereits Erfahrungswerte aus Zeiten des Aufschwungs vorliegen. In den Bereich Ausbau gehören zukünftig sicherlich Handlungsfelder wie Alten- und Pflegeeinrichtungen oder auch der Ausbau der Kinderbetreuung als familienpolitische Maßnahme für Nachwuchsförderung. Ausgebaut werden sollten u.a. auch die intergenerationellen Beziehungen, um Schwellen bei der Inanspruchnahme von Hilfen abzusenken

Der zweite Weg ist die **Anpassung** von Infrastrukturleistungen. Anpassung meint hier Verkleinerung, Angebotsumstrukturierung sowie räumliche Flexibilisierung. Auch die Suche nach neuen Allianzen und Trägerschaften ist hier zu nennen. Diese Punkte erstrecken sich auf alle Arten der Daseinsvorsorge.

Schließlich ist auch der unabwendbare **Rückbau** zu gestalten. Besonders wenn es um Schließungen geht, sind diese mit den Nachbargemeinden planerisch abzustimmen. Die Standorte, welche bestehen bleiben, erhalten somit ein neues Gewicht. Wie bereits weiter oben erwähnt, wird Rückbau heute viel zu häufig mit einem Verlust an Attraktivität gleichgesetzt. Er kann jedoch auch den Gemeinden zur Öffnung neuer Handlungsspielräume für öffentliche Aufgaben verhelfen und eine Entlastung bewirken.

### **Ansprechpartnerin:**

Dr. Roswitha Eisentraut  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie  
06099 Halle  
Tel.: 0345 / 55024240  
E-mail: [roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de](mailto:roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de)

# Gesundheitliche Grundversorgung in Anhalt-Bitterfeld

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

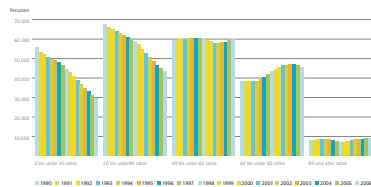
Institut für Soziologie  
4 Studierende der Soziologie im Hauptstudium

Prof. Dr. Reinhold Sackmann  
Dr. Roswitha Eisentraut

Landkreis Anhalt-Bitterfeld



Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist Teil des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Seit 1990 schrumpft die Bevölkerung des Landkreises. Hinsichtlich der Arztstruktur zeigt sich im städtischen Raum ein deutlich besseres Arzt-Bevölkerungs-Verhältnis als im ländlichen Raum.



## Forschungsfrage

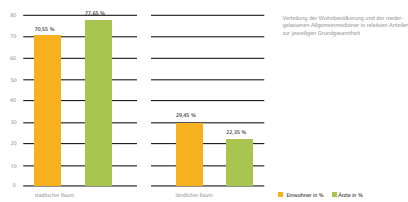
Gibt es Unterschiede in der gesundheitlichen Grundversorgung zwischen städtisch und ländlich geprägten Raumstrukturen?

## Explorative Studie

Leitfadengestützte Einzelinterviews mit Allgemeinmedizinern → Gespräch mit dem Expertenteam einer Krankenkasse → Sozialstrukturelle Analyse

## Ergebnisse

Der ländliche Raum weist eine geringere Versorgungsdichte mit Ärzten auf als städtische Bereiche. Zudem sind aufgrund der weiten Wege und schlechteren ÖPNV-Anbindung im ländlichen Bereich sowohl Hausbesuche für die Ärzte als auch Praxisbesuche für die Patienten aufwändiger als im städtischen Bereich.



## Handlungsempfehlungen

- Eine bessere Vernetzung des ambulanten und stationären Bereichs der medizinischen Grundversorgung durch mehr Kooperation und Kombination
- Einführung eines Poliklinikmodells, bei dem sich Ärzte verschiedener Fachbereiche lokal formieren
- Zusammenschluss von Praxen aus angrenzenden Gemeinden an einem zentralen Standort
- Modell des Rotationsprinzips der ansässigen Allgemeinmediziner: Ein Teil der Ärzteschaft bedient die Grundversorgung am zentralen Ort, während der andere Teil die angrenzenden Gebiete bedient. Die Aufgaben werden regelmäßig gewechselt.
- Ausbau des Informationsnetzes zwischen Arzt und Hauskrankenpflegediensten
- Anreize für die Neusiedlung von Allgemeinmedizinern

Schader Stiftung

gesellschaftswissenschaften < > praxis

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## **Auszüge aus Fragen zu den Lehrforschungsprojekten**

### **Welche Forschungsergebnisse haben Sie erzielt? Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der Bedarfe und Mängel bei Infrastruktur und Nahversorgung?**

Die Versorgungslast für den einzelnen Mediziner ist stark abhängig von der Anzahl der sesshaften Ärzte. Allgemein gefasst könne, laut Krankenkasse, nicht von einer problematischen Lage der Gesundheitsversorgung ausgegangen werden, da die Krankenhausstruktur in diesem Landkreis sehr gut ausgeprägt sei und teilweise dadurch eine Überversorgung gegeben sei. Anhand der Sozialstrukturanalyse kann aber gezeigt werden, dass die Versorgungslage in ländlichen Regionen deutlich unter den städtischen Gebieten liegt und demnach dort die Ärzteschaft mehr Aufwand zur Garantie der gesundheitlichen Grundversorgung betreiben muss. Allerdings sollte in nachfolgenden Studien der Einfluss der Krankenhausversorgung mit beachtet werden.

Es ist abschließend festzuhalten, dass die Ergebnisse nicht allgemeingültig interpretierbar sind, hinsichtlich der erfragten Inhalte. Durch das Kasseninterview konnte ein Überblick über die Gesamtversorgung gewonnen werden. Die Hypothesen gaben nur minimalen Aufschluss und statt einer angestrebten qualitativen Studie, basieren viele Aussagen hauptsächlich auf einer Sekundäranalyse, da die Interviews keine eindeutigen Antworten geben konnten. Aufgrund des fehlenden Zuganges zu spezifischen Daten, war für uns ein Stadt-Land-Vergleich nur eingeschränkt möglich, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass der städtische Raum überversorgt und der ländliche Raum unterversorgt ist.

Wir gingen in unseren Hypothesen von einem Stadt-Land-Vergleich aus und wollten untersuchen, ob es Unterschiede zwischen den Allgemeinmedizinern in den verschiedenen Regionen gibt. Unser Ausgangspunkt war, dass auf dem Land mehr ältere Menschen leben und deswegen ein anderes Anforderungsprofil für den Arzt besteht. Doch es ergab sich folgendes Problem: Es ließ sich die gewünschte Interviewanzahl mit Allgemeinmedizinern in der ländlichen Region nicht realisieren, da die angefragten Ärzte keine Zeit aufbringen konnten, oder gar nicht erreichbar waren. Dies könnte als ein eventueller Indikator dafür gesehen werden, dass allgemein ein Ärztemangel zu verzeichnen ist und im ländlichen Raum weitere Versorgungsschwierigkeiten auftreten. Dagegen spricht allerdings das Kasseninterview. Da es sich bei dem vorliegenden Forschungsbericht um eine explorative Studie handelt, kann diese Arbeit nur als ein erster Hinweis dienen. Um eindeutigere Ergebnisse zu erhalten, sollten zusätzlich weitere Arztinterviews, sowie Patientenbefragungen mittels quantitativer Bögen durchgeführt werden.

### **Handlungsempfehlung der Projektgruppe „Gesundheitliche Grundversorgung in alternden Räumen“**

Es sei darauf hingewiesen, dass die folgenden Handlungsempfehlungen auf den lokal begrenzten Ergebnissen unseres Forschungsprojektes in den Semestern 2008/09 beruhen. Die gezogenen Schlussfolgerungen basieren dementsprechend auf den lokalen Besonderheiten des Landkreises Anhalt-Bitterfeld. Trotz dessen gehen wir davon aus, dass die Handlungsempfehlungen auf Räume mit ähnlichen Strukturproblemen übertragbar sind. Im Folgenden ist es daher notwendig, kurz die Ergebnisse unserer Untersuchung zu präsentieren, um im Anschluss auf die entsprechenden Schlussfolgerungen zurück zu kommen.

Die Ergebnisse basieren auf einer Kombination quantitativer und qualitativer Methoden. Es wurden vier leitfadengestützte Experteninterviews (drei Allgemeinmediziner, ein Expertenteam einer Krankenkasse) durchgeführt und durch eine, auf den Daten des Statistischen Landesamtes, des Landkreises Anhalt-Bitterfeld und der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, ruhende Sozialstrukturanalyse ergänzt.

Beim Untersuchungsraum Anhalt-Bitterfeld handelt es sich, wie auch bei den anderen Landkreisen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, um einen alternden Raum. Die Bevölkerung sank von 1990 bis 2006 sowohl absolut als auch relativ. Damit einher ging ein relativer Rückgang der Personen unter 40 und ein Anstieg von Personen im Alter über 40 Jahren. Ursache dieser Entwicklung ist insbesondere in hohen Abwanderungstendenzen zu sehen.

Diese Entwicklung konnte auch durch die vier qualitativen Interviews bestätigt werden. Zur Ärztestruktur lässt sich sagen, dass ein deutlicher Überschuss städtisch niedergelassener Allgemeinmediziner zu verzeichnen ist. Im Vergleich der zu versorgenden Bevölkerung von städtisch und ländlich angesiedelten Medizinern, konnte festgestellt werden, dass die Bevölkerung im städtischen Raum ein deutlich besseres Arzt-Bevölkerungs-Verhältnis aufweist. Auch wenn die anteilmäßige Streuung von Allgemeinmedizinern und Bevölkerung im Zusammenhang mit den beiden Raumkategorien betrachtet wird, schneidet der städtische Raum vorteilhafter ab. Die Interviews zeigten, dass die ansässigen Ärzte unterschiedliche Arten der Anpassung an die demografischen Veränderungen zeigten. Es wurden zeitliche, finanzielle, als auch bürokratische Probleme, in der Grundversorgung aufgezeigt. Da es sich bei den Interviewten hauptsächlich um städtisch niedergelassene Mediziner handelte, erlaubten die Interviews keine genauen Rückschlüsse auf spezifische Probleme im ländlichen Raum.

Die Ergebnisse des Berichtes zeigen, dass der ländliche Raum eine geringere Versorgungsdichte aufweist, als der städtische Bereich und hier darüber nachgedacht werden müsste, diese Situation durch ausgleichende Maßnahmen zu entschärfen. Hinzu kommt der Faktor, dass städtische Räume eine bessere Verkehrsinfrastruktur haben und somit das Erreichen der ansässigen Mediziner erleichtert wird, als in ländlichen Gebieten. Die Vertreter der interviewten Krankenkasse äußerten sich diesbezüglich, dass es notwendig wäre, den ambulanten und stationären Bereich der medizinischen Grundversorgung stärker zu vernetzen, damit eine effektive Gesundheitsversorgung gewährleistet werden kann. Dies könnte sich zum Beispiel in einer intensiveren Zusammenarbeit von Krankenhäusern und niedergelassenen Praxen umsetzen. Hier wäre beispielsweise ein Poliklinikmodell denkbar, bei dem sich Ärzte verschiedener Fachbereiche lokal formieren. In städtischen Regionen können diese Funktion, die bereits bestehenden Krankenhäuser übernehmen. Im ländlichen Raum müssten existierende Strukturen geprüft werden. Als bereits vorhandenes Beispiel kann hier auf das Gesundheitszentrum Bitterfeld verwiesen werden. Innerhalb dieses Modells könnten Praxen aus angrenzenden Gemeinden an einem zentralen Standort zusammengeschlossen werden. Unsere These ist, dass dieses gegenüber dezentralen Strukturen kostengünstiger ist und eine Neuverteilung der freigewordenen Mittel, auf die bestehenden Gesundheitszentren erlaubt. Da wir allerdings keinen Einblick in die Kostenstruktur der niedergelassenen Praxen und der Krankenhäuser haben, müsste in einem nächsten Schritt eine weitere Untersuchung dessen erfolgen. Dieses Modell setzt auf ein Rotationsprinzip der ansässigen Allgemeinmediziner. Dabei sichert ein Teil der Ärzteschaft die Grundversorgung vor Ort, während der andere Teil die angrenzenden Gebiete bedient. Die Ärzte in den jeweiligen Funktionsbereichen rotieren dabei in festgelegten Zeitabständen, um aufgabenspezifische Motivationsverluste zu verhindern.

Damit wird beispielsweise die Beanspruchung durch lange Fahrzeiten bei Hausbesuche angesprochen. Zusätzlich könnten die Personen im Funktionsbereiche „Hausbesuche“ durch zusätzliche Leistungen, z.B. finanzielle Anreize motiviert werden. Eine stärkere Verzahnung mit den ortsansässigen ambulanten Pflegestationen könnte den Versorgungsaufwand durch das Personal des Gesundheitszentrums zusätzlich verringern. Denkbar wäre der Ausbau des teilweise bestehenden Informationsnetzes zwischen Arzt und Hauskrankenpflegediensten. Nachteilig an dem Modell wären aber die entstehenden Fahrtkosten vom Gesundheitszentrum zu den Patienten in den angrenzenden Gemeinden und sowie der steigende Zeitfaktor, der damit einhergeht. Ebenso haben die Patienten größere räumliche Distanzen zu überwinden. Zusätzlich gilt es zu bedenken, dass es durch das Rotationssystem zu einer Veränderung des Arzt-Patient-Verhältnisses käme. So müsste in weiteren Studien geprüft werden, welcher Problemfaktor überwiegt: Rückgang der Arzt-Patienten-Bindung oder die einseitige Belastung des Arztes durch den festgelegten Tätigkeitsbereich.

Ein weiteres grundlegendes Problem der Versorgungssituation, ist die Überalterung der Ärzte und das Wegbleiben von jüngeren Medizinern, in spezifischen Gebieten. Die interviewte Krankenkasse sah diesen Engpass, wies aber zusätzlich daraufhin, dass das Schrumpfen der Bevölkerung und der Ärzteschaft annähernd homogen sei. Dennoch sollte über Anreize zur Neuansiedlung von Allgemeinmedizinern im Raum Anhalt-Bitterfeld, nachgedacht werden. Kritisch sahen die Vertreter der Krankenkasse diese Entwicklung besonders bei den Fachärzten: „in bestimmten Fachrichtungen bedürfte es eigentlich der ein oder andren Niederlassung mehr (...) Also selbst für die Städte, da geht's immer noch, aber in Ländern oder so dünn besiedelten Regionen, da will einfach keiner mehr hin.“ Dieser Unterschied spiegelt sich auch in den Leistungsausgaben wieder. Die Kassenvertreter schildern, dass die Versorgungsgrade in den Städten wesentlich höher ausfallen: „(...) Versicherte von uns, die auf dem Land leben, vermeintlich gesünder sein müssten, weil sie weniger Leistungsausgaben verursachen, wie in der Stadt. (...) liegt es daran, dass die Wege für den Menschen auf dem Land weiter sind, als die in der Stadt?“ Die Institution spricht damit einen zusätzlichen Aspekt in alternden Räumen an: die schwierige finanzielle Lage und Versorgungslast. Im Interview wurde berichtet, dass die Verteilungen der Patienten zunehmend selektiv über die verschiedenen Krankenkassen erfolgt und einige dadurch mehr belastet seien, als andere. Selektion meint hier Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur, sowie dem sozialen Status und die daraus resultierende Möglichkeit zur Zahlung der Mitgliedschaftsbeiträge. Handlungsmöglichkeiten um diesem Problem zu begegnen wären zum einen, die Verringerung der Anzahl von Krankenkassen, eine administrativ gesteuerte Zuweisung der Patienten zu den Kassen, Ausgleichszahlungen oder eine Kombination dieser Ansätze.

Unsere Studie und die daraus resultierenden Handlungsansätze können nur als Einstieg in die Thematik gesehen werden. Keinesfalls als vollständig ausgereiftes Konzept. Hierzu bedarf es weiterer Untersuchungen, die im Rahmen des Lehrforschungsprojektes nicht geleistet werden konnten.

### **Ansprechpartnerin:**

Dr. Roswitha Eisentraut  
 Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie  
 06099 Halle  
 Tel.: 0345 / 55024240  
 E-mail: [roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de](mailto:roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de)

# Demografiebezogenes Entwicklungskonzept für Runderoth

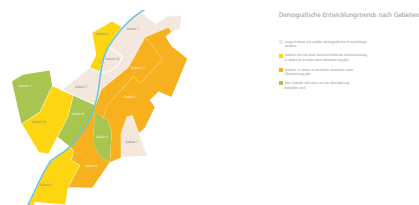
Universität Siegen/  
Fachhochschulen Bochum, Dortmund und Köln

10 Studierende des Masterstudiengangs Städtebau  
Diplomingenieure der Fachrichtungen Architektur, Städtebau und Landschaftsarchitektur

Prof. Dr.-Ing. Hilde Schröter-von Brandt, Universität Siegen  
Prof. em. Dieter Prinz



## Ortsbezirk Runderoth in der Gemeinde Engelskirchen



21.049 Personen wohnen in der Gemeinde Engelskirchen. Runderoth ist mit 3.432 Einwohnern der größte Ortsteil neben der Kernstadt. Der Anteil von über 65-Jährigen beträgt 28%. Räumlich liegt der Siedlungskörper Runderoth mit seinem Zentrum im Aggertal und breitet sich nach Osten und Westen die Hänge hinauf aus. Ein erheblicher Anteil der Siedlungsstruktur befindet sich demnach entlang steiler Hanglagen. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren wachsen.

## Forschungsfrage

Wie kann man den Auswirkungen, die der demografische Wandel in Runderoth mit sich bringen wird, städtebaulich begegnen?

## Kleinräumiger Forschungsansatz

Städtebauliche Bestandsaufnahme auf kleinräumlicher Ebene → Projektwoche in Runderoth → Führungen durch ortsansässige Bewohner → Bürgerversammlung → Hausbezogene Auswertung der Daten → Stärken- und Schwächenanalyse → Erfassung der städtebaulichen Strukturen → Entwicklung von Handlungsstrategien

## Ergebnisse

Während das Zentrum von Runderoth sich im Tal befindet, sind die Wohnstandorte vor allem der älteren Bevölkerung an den Hängen zu finden. Das vorhandene starke Gefälle bzw. die Steigungen, die überwunden werden müssen, und das schlecht ausgebaute Straßen- sowie Fußwegesnetz stellen ein erhebliches Problem bezüglich der Mobilität dar. Das vorhandene ÖPNV-Verkehrsnetz kann die fehlende Anbindung an das Zentrum aufgrund der schmalen Straßen kaum kompensieren.

## Handlungsempfehlungen

- Leitthemen: Aufwerten – Verbinden – Öffnen – Verknüpfen
- Bahnhofsumfeld aufwerten, Einrichtung von Park & Ride
  - Anbindung der Agger als „grüne Lunge“ an das Stadtzentrum
  - Inwertsetzung von Bushaltestellen, Überprüfung der Taktung und der Haltepunkte von ÖPNV und Bürgerbussen
  - Attraktivierung des Straßenraums
  - Ausbau der Aggerpromenade
  - Verkehrsberuhigungen für die durch den Stadtraum verlaufende B55
  - Aufwertung des Straßen- und Wegesystems
  - Ausbildung von funktionalen, fußläufigen Wegeverbindungen



Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR



## Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Wo liegen die größten Probleme? Welche Lösungsansätze sind möglich?**

Als größtes Problem hat sich in Bezug auf unser Bearbeitungsgebiet großräumig sowie kleinräumig, die schlechte verkehrsräumliche Situation und Anbindung und die damit im Zusammenhang stehende Mobilität dargestellt. Die Bestandsanalyse zeigt auf, dass viele Ziele im Betrachtungsraum nicht sicher und barrierefrei für den Fußgänger zu erreichen sind. Aufgrund der baulichen Situation im Straßenraum und der schwierigen topographischen Lage ist eine Ergänzung der Mobilität durch den ÖPNV nur selten möglich.

Aus Sicht der Projektgruppe wird die verkehrsräumliche Situation als notwendiges Bindeglied zwischen Wohnen und Versorgung betrachtet.

Dieses Bindeglied ist auf der Ebene dreier Betrachtungsmaßstäbe zu überwinden bzw. zu verbessern.

**Sichere, barrierefreie fußläufige Anbindungen** an die wichtigsten Ziele im Betrachtungsraum müssen gewährleistet sein. Für nicht fußläufig erreichbare Orte kann ein **ÖPNV Netz durch individuelle Beförderungsmittel** ergänzt werden; diese sollen zudem **einen Anschluss an den überregionalen Verkehr** wie die Bahnverbindung herstellen.

Der Ansatz der Verbesserung liegt somit vor allem in einer Sicherung der Durchgängigkeit des Verkehrsraumes durch Öffnung von Knotenpunkten und Beseitigung oder Überwindung möglicher Barrieren.

## Handlungsempfehlungen

### **Situation**

Viele Gemeinden in Deutschland sind aktuell von den Einflüssen des demographischen Wandels betroffen.

Die alternde Bevölkerungsstruktur stellt im Zusammenhang mit dem Stadtraum und seinen Funktionen neue Ansprüche an die Stadt. Gut ausgebaute, Mobilität gewährleistende Netze sowie die Erreichbarkeit und das Vorhandensein notwendiger versorgender Infrastrukturen sind nur ein Teil der Grundlagen für einen Lebensraum, der ein unabhängiges Wohnen im Alter zulässt.

Jedoch muss jeder Planungsansatz von Beginn an neu gedacht werden, da nicht alle Orte dieselben Eigenschaften in sich bergen und es viele Strategien des Umgangs mit der jeweiligen Situation gibt.

Daher war es Ziel dies Lehrforschungsprojektes, eine vernetzte Maßnahmenstruktur zu entwickeln, die den Bedürfnissen der Bewohner angemessen ist und sich aus den Gegebenheiten des Ortsteils ableitet.

Aufgrund der inhaltlichen Schwerpunkte richtet sich die vorliegende Handlungsempfehlung vor allem an die Kommune Engelskirchen und deren Verkehrsbetriebe. Sie soll aber auch als Beispiel für einen praxisnahen Ansatz im Umgang mit Ortsteilen mit ähnlichem Handlungsbedarf dienen.

## Herleitung

Unsere Handlungsempfehlung baut auf einer parallelen Analyse von Bevölkerungsstruktur, gebauten Raum und seinen Funktionen auf. Dies ermöglicht es, die Wechselbeziehungen von Bewohnern und Stadt zu erkennen, Mängel und Potenziale aufzuzeigen und somit Planungsansätze [Injektionen] herzuleiten.

Nach der Analyse von Mängeln und Potenzialen, über die die Quartiere verfügen, werden Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt des unten erläuterten Leitbildes entwickelt.

Die demographischen Prognosen für Ründeroth sehen eine weitgehend stabile Bevölkerungszahl voraus. Gleichzeitig wächst der Anteil der älteren und immobilen Bevölkerung. Anhand der Leitthemen lassen sich beispielhaft Maßnahmen aufzeigen, die miteinander in Verbindung stehen.

Besondere Mängel wurden bei der zusammenhängenden Betrachtung von topographischer Wohnlage der älteren Bevölkerung und der Erreichbarkeit von Infrastrukturen erkannt.

Das Zentrum Ründeroths befindet sich in einer Tallage: hier ist neben der Wohnfunktion fast die gesamte versorgende Infrastruktur verortet. Gerade diese Ortsmitte bildet schon aus ihrer Entstehungsgeschichte heraus den Identitätsmittelpunkt für Ründeroth und ist bis heute durch ihre zentrale Funktion mit sozialer und Versorgungsinfrastruktur sowie als Standort der überregionalen Anbindung von Bus und Bahn von besonderer Bedeutung.

Vor allem die immobilere Bevölkerung, wie beispielsweise ältere Menschen und Kinder, sind hier auf eine gute Erreichbarkeit angewiesen. Da die älteren Bevölkerungsgruppen nicht nur zahlen-, sondern auch anteilmäßig wachsen, gewinnen ihre Bedürfnisse zukünftig immer mehr an Bedeutung. In diesem Zusammenhang stehen besonders die topographischen Gegebenheiten des Ortes Ründeroth mit seinem Zentrum in der Tallage und den Wohnstandorten vor allem der älteren Bewohner auf den umgebenden Hängen.

Das vorhandene starke Gefälle bzw. die Steigungen, die überwunden werden müssen und das schlecht ausgebaute Straßen- sowie Fußwegenetz stellen somit ein erhebliches Problem bezüglich der Mobilität dar. Eine fußläufige Erreichbarkeit von Zielen im Zentrum und der Weg zurück sind für ältere Menschen nahezu unmöglich.

Das vorhandene ÖPNV-Verkehrsnetz kann die fehlende Anbindung an das Zentrum nicht kompensieren. Die Verkehrsstraßen, die in die Hanglagen hinaufführen, sind aufgrund ihrer geringen Breiten nicht mit herkömmlichen Bussen befahrbar. Das vorhandene Bürgerbussystem, welches hier als Ersatz dienen soll, hat nur wenige Haltepunkte und ist gering frequentiert.

Daraus ergibt sich eine Abhängigkeit vom eigenen PKW und einer mobilen Versorgung durch Bäcker, Gemüsehändler etc. Ein Ziel ist es, nicht nur über eine mobile Versorgung und Bringdienste die Wohngebiete am Hang zu versorgen, sondern eine angemessene Erreichbarkeit des Zentrums für alle Bewohner zu gewährleisten. Von großer Bedeutung sind die Zugänglichkeit der Orte und barrierefreie Verbindungen.

## Leitbild

Das aufgrund der umfangreichen Bestandsaufnahme und Bewertung erstellte Leitbild umfasst vier Leitthemen.

RÜNDEROTH: AUFWERTEN - VERBINDEN - ÖFFNEN - VERKNÜPFEN

**Aufwerten:**

Orte, die eine wichtige stadträumliche Funktion beinhalten, werden aufgewertet, um somit als attraktives Ziel fungieren zu können.

**Verbinden:**

Aufgewertete Ziele werden durch die Schaffung neuer sowie des Ausbaus alter Verkehrsinfrastruktur Verbunden.

**Öffnen:**

Vorhandene Knotenpunkte, die als Barrieren zwischen den Verbindungen wirken, werden geöffnet.

**Verknüpfen:**

Orte, die in Beziehung stehen, werden visuell oder räumlich verknüpft.

Dieses Leitbild impliziert die Abhängigkeit der Leitthemen untereinander und beschreibt, wie wichtig es ist, ihren Zusammenhang zu erkennen. Wenn alle Themenstränge gemeinsam in Maßnahmen umgesetzt werden, entsteht ein Netz, das sich gegenseitig stärkt.

## **1. Aufwerten:**

**Bahnhofsumfeld | Park & Ride**

Die weiterführende Nutzung der regionalen Verbindung kann durch eine Aufwertung des Bahnhofsumfeldes attraktiviert und gestärkt werden. Die Verlagerung des ruhenden Verkehrs in den rückwärtigen Bereich des Bahnhofs auf eine neue Park & Ride Fläche, welche nicht mehr durch den Ortskern erschlossen wird, verringert das Verkehrsaufkommen und bietet durch eine Unterführung eine barrierefreie Erschließung des Bahnhofs sowie eine direkte fußläufige Anbindung an das Stadtzentrum. Dies bietet nun Raum für eine weitestgehende Verkehrsberuhigung des Bahnhofsvorplatzes und Entwicklungsmöglichkeiten neuer umgebender Nutzungen.

**Anbindung Aggerufer | ehemaliger Parkplatz Freibad**

Da im Stadtraum selbst nur wenige Freiräume vorhanden sind stellt eine Anbindung der Agger, als „grüne Lunge“ Ränderoths, an das Stadtzentrum einen Zugang zu mehr Qualität für den Ortsteil da.

Der ehemalige Parkplatz des stillgelegten Freibades bietet Potenzial für die Ausbildung einer naturnahen Uferwiese begleitet von einer oberhalb befindlichen Wegeführung. Über eine weiterführende Aufwertung des öffentlichen Raumes bis in das Stadtzentrum hinein wird die Verbindung zwischen Zentrum und Freiraum gestärkt, als vorhandene einzubeziehenden Qualität ist hier der „Kurpark“ zu nennen.

**Haltepunkte**

Die Wichtigkeit des ÖPNV in den der schwierigen topographischen Lage wurde bereits beschrieben. Eine Inwertsetzung der vorhandenen Haltestellen könnte beispielsweise durch das Anbringen von Sitzgelegenheiten die Qualität der Nutzung verbessern. Generell sollte die Anbindung von ÖPNV und Bürgerbussen an die Wohnquartiere in ihrer Verteilung der Haltepunkte und der Taktung neu überprüft und abgestimmt werden.

### Zentrum und Infrastrukturen

Die Attraktivierung des Straßenraums durch eine neue Klassifizierung und parallele Aufwertung soll dazu beitragen den Charakter der innenörtlichen Geschäftsstraße zu stärken. Die Qualität des Zentrums als versorgender Kern des Ortsteiles soll weiter unterstützt werden. Straßenbegleitgrün sowie später noch genauer beschriebene Querungen sind nur ein Teil der zu nennenden Maßnahmen

Eine Aufwertung im Zentrum ermöglicht eine Stärkung von Qualitäten und somit die Sicherung und mögliche Erweiterung des Versorgungsstandorts von Runderoth.

## **2. Verbinden:**

### Aggerpromenade

Die Freiraumstrukturen in Runderoth sind von hoher Qualität. Der Ausbau fußläufiger Verbindungen unterstützt die Vernetzung der Freiraumstrukturen und öffnet den Bewohnern neue Möglichkeiten der Naherholung. Die Entwicklung und der Ausbau eines uferbegleitenden Wegesystems bieten einerseits die Möglichkeit einer barrierefreien Querung der gesamten Talsohle, und andererseits eine Anbindung vieler wichtiger Infrastrukturen. Durch einige Nutzungsänderungen entlang der Agger können weitere ausgestaltete „Trittsteine“ zum Ufer geschaffen werden.

### Bundesstraße 55

Die Durchgängigkeit und die barrierefreie Erreichbarkeit von Orten sind über eine Aufwertung und Einbindung der Freiraumpotenziale nur teils gewährleistet und verlangen vor allem eine Berücksichtigung des Straßenverkehrsraumes. Die Verminderung von Barrieren setzt eine generelle altengerechte Gestaltung voraus und ist auch eine Qualitätssteigerung für alle anderen Altersgruppen.

Die größte lineare Barriere im Stadtraum neben der Bahntrasse mit einem erheblichen Verkehrsaufkommen ist die B55. Eine sichere Überwindung der Straße bei Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h ist nur mit entsprechenden Querungshilfen möglich und auch die auftretenden Lärmemissionen beeinflussen den Stadtkern erheblich negativ. Hier muss eine geeignete Mischung zwischen verkehrsberuhigenden Maßnahmen erzeugt werden, ohne den Verkehrsfluss zu stören und Rückstau zu erzeugen.

Bauliche Maßnahmen direkt im Straßenraum, die zu einer Beruhigung des Straßenverkehrs beitragen, ohne eine Geschwindigkeitsbeschränkung sind notwendige Maßnahmen. Beispielsweise können farbige Aufpflasterungen im Übergang zum Bahnhofsvorplatz die Wichtigkeit und Sicherheit der Querung und somit des Fußgängerverkehr in den Vordergrund stellen. Zum jetzigen Zeitpunkt handelt es sich um einen Fußgängerüberweg. Weitere Maßnahmen stellen die Entwicklung von Straßenbegleitgrün und die Minderung des Gefahrenpotenzials durch die frühzeitige Einschränkung der Straßenbreite vor unübersichtlichen Stellen dar.

## **3. Öffnen:**

### Knotenpunkte

Das Straßensystem, das die Hanglagen hinauf die Wohnquartiere erschließt, muss insbesondere im Bereich der Kreuzungspunkte mit der Bahntrasse erheblich aufgewertet werden. Hier liegen die einzigen Erschließungsknotenpunkte der westlichen Hanglagen sowohl für den motorisierten als auch für den Fußgängerverkehr.

Diese sind generell neu zu entwickeln, aufzuweiten und mit beidseitigen Bürgersteigen auszustatten. Die ausgebildeten Fußwege sind straßenbegleitend den Hang hinauf weiter zu führen und an neu entwickelte Fußwegenetze anzubinden.

Auch die Erschließungsstraßen die den östlichen Hang hinauf führen, müssen einerseits in Abstimmung mit dem ÖPNV-Unternehmen erweitert werden um eine Erschließung mit öffentlichen Busverkehr der im Oberhang befindlichen Wohnquartiere zu ermöglichen sowie andererseits einen sicheren Fußverkehr zu gewährleisten. Das bereits beschriebene, in den Freiraum eingebundene Fußwegenetz ist hier als Ergänzung und nicht als Ersatz eines bisher nur in Teilen vorhandenen Bürgersteigesystems für die fußläufige Erschließung der Straßenräume zu verstehen. Eine gute Erreichbarkeit von ÖPNV- sowie Bürgerbushaltepunkte ist somit gewährleistet.

#### **4. Verknüpfen:**

Verbundene Hangterrassen | Hang- Talbezug | Schulweg

Neben der Integration der innenörtlichen Grünstrukturen ist es auch möglich, den Ortsteil umgebenden Freiraum an die Wohnlagen anzubinden und in die Talsohle hinein zu führen. Die Ausbildung von funktionalen, fußläufigen Wegeverbindungen ausgehend von den angrenzenden Waldflächen, über bisher nicht verbundene grüne Fragmente (ungenutzte Friedhofs- und Gartenflächen, Schleichwege, etc.), die sich durch den Siedlungsraum bis hinein in den Ortskern ziehen, ist ein Ziel der Entwicklung. Die Nutzung dieser Flächenpotentiale in den Hängen ermöglicht die Entwicklung von wohnnaher Freiraumqualität sowie eine terrassenartige Überwindung des Gefälles der Hanglagen. Es entstehen Ruhepunkte die das Potential des Ausblicks über den historischen Stadtkern und das Aggertal aufgreifen, sowie ein vom Straßenverkehrsnetz unabhängige fußläufige Erschließung der Hanglagen.

#### **Fazit**

Der demographische Wandel kann mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht aufgehalten werden. Vielmehr soll das Entwicklungskonzept einen Denkanstoß geben, mit gezielten „stadtchirurgischen“ Eingriffen die ständig voranschreitende Veränderung zu begleiten um flexibel agieren zu können. Dies muss im Zusammenspiel mit allen beteiligten Akteuren und Betroffenen geschehen.

Vorraussetzung hierfür ist es, die verschiedenen Betrachtungsschärfen zu berücksichtigen. Um dies zu erreichen, müssen sowohl groß- als auch kleinräumige Netzzusammenhänge auf innerstädtischer und überörtlicher Ebene berücksichtigt werden.

Innerhalb der analytischen Bearbeitung haben sich Potenzialräume ergeben, deren Qualitäten zu erhalten und deren Potenziale aufzuwerten sind. Durch die Verbindung untereinander stärken und ergänzen sie sich. Eine Öffnung der einzelnen Orte ermöglicht eine Eingliederung in das Siedlungsgefüge. Die Netzstrukturen bilden hierbei die Zugänge. Hierdurch werden Orte über die einzelnen Fäden der Netzstrukturen miteinander verknüpft („Ründeroth – aufwerten, verbinden, öffnen, verknüpfen“).

Die an dem konkreten Beispiel des Ortsteils Ründeroth praktizierte Arbeitsmethodik einer integrierten Betrachtungsweise von demografisch bedingten Entwicklungstendenzen und der städtebaulichen Struktur müssten zukünftig eine stärkere Beachtung bei der Erstellung städtebaulichen Entwicklungskonzepte erhalten.

**Ansprechpartnerin:**

Prof. Dr.-Ing. Hilde Schröteler-von Brandt  
Universität Siegen, Fachbereich Architektur und Städtebau  
Paul-Bonatz-Str. 9-11  
57068 Siegen  
Tel.: 0271 / 7402363  
E-mail: [schroeteler@architektur.uni-siegen.de](mailto:schroeteler@architektur.uni-siegen.de)

# Stadt-Landvergleich in der Region Flensburg

## Universität Flensburg

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung  
3 Gasthörer  
1 Studierende eines postgradualen Weiterbildungsstudiums

Dr. Steffen Kirchhof

## Flensburg-Mürwik und Schafflund



Untersucht wird in der Stadt Flensburg der Stadtteil Mürwik sowie die an Flensburg angrenzende ländliche Gemeinde Schafflund. Beide Gebiete sind durch eine hohe Anzahl von Bewohnern im mittleren und höheren Lebensalter gekennzeichnet.

## Forschungsfrage

Wie müssen Infrastruktur und Lebensbedingungen in alternen Räumen gestaltet sein, damit gerade im Alter qualitativ wertvolles Leben im Wohnort möglich bleibt?

## Trianguliertes Verfahren mit quantitativen und qualitativen Methoden

Ortsbegehung Mürwik → Literaturrecherche zu Mürwik →  
Entwicklung eines Fragebogens → Expertenbefragung → Qualitatives Interview in Mürwik →  
Quantitative Befragung → Ortsbegehung Schafflund → Literaturrecherche zu Schafflund →  
Qualitative Befragung → Quantitative Befragung → Auswertung



## Ergebnisse

Sowohl im Stadtbereich als auch auf dem Land ziehen gegenwärtig junge Familien nach, so dass Aspekte generationenübergreifenden Zusammenlebens bedeutsam werden. An den jeweiligen Wohnorten besteht für viele ältere Menschen eine biografisch gewachsene Verbindung, die sie oft auch dann nicht aufgeben wollen, wenn der Lebenspartner stirbt oder die Kinder nicht mehr vor Ort sind. Daher kommt der Entwicklung von geeigneten Wohnformen für das Alter eine besondere Bedeutung zu. Während im Stadtbereich bereits vielfach eine Vereinzelung älterer Menschen zu beobachten ist, fällt im Landbereich die Sorge und Angst genau hervor auf. Die Verantwortlichen in Schafflund sorgen sich vor der so genannten Flucht der Generation 60+ in die Stadt.

## Handlungsempfehlungen

- Schaffung von Treffpunkten als Kontaktmöglichkeiten, um der Gefahr der Vereinzelung der Bewohner zu begegnen
- Verbindung zwischen Alt und Jung unterstützen, indem die Ressourcen der jeweiligen Generation sinnstiftend genutzt werden, z.B. durch das Prinzip des Mehrgenerationenhauses, angeschlossen an Kindertageseinrichtungen
- Einbeziehung der Interessen und Bedarfe der älteren Generation in die Stadt- oder Gemeindeplanung, z. B. durch Einrichtung eines Seniorenbeirats
- Erreichbarkeit und kurze Wege zu Gesundheits- und Sozialversorgung sichern
- Ausbau gesundheitspädagogischer Angebote, um im salutogenetischen Sinn ressourcenfördernd zu handeln

## Auszüge aus den Ergebnissen des Lehrforschungsprojektes

- Aus den Ergebnissen lassen sich keine gravierenden Unterschiede zwischen den Wünschen und Bedürfnissen der Stadt- und Landbevölkerung erkennen.
- Die Bedeutung der ärztlichen Versorgung hat für die Bewohner des ländlichen Raumes eine stärkere Gewichtung.
- Allen Befragten gemeinsam ist der Wunsch nach einer möglichst lang anhaltenden Gesundheit und Mobilität, Nachbarschaftshilfe und Orten, wo Kommunikation und Austausch stattfinden können.
- Sowohl Stadt als auch Land haben sich mit der Problematik der demografischen Entwicklung des Alterns in der Gesellschaft auseinandergesetzt und ihrerseits Anstrengungen unternommen, sich in der Stadtplanung und Gemeindeplanung auf die Entwicklung altersgerechter Lebensräume auszurichten.
- In beiden Lebensräumen, das heißt sowohl im Stadtbereich als auch auf dem Land ziehen gegenwärtig junge Familien nach, so dass Aspekte generationenübergreifenden Zusammenlebens bedeutsam werden.
- An den jeweiligen Wohnort besteht für viele ältere Menschen eine biografisch gewachsene Verbindung, so dass sie vielfach auch nicht wegziehen wollen, wenn der Lebenspartner stirbt und/oder die Kinder nicht mehr vor Ort sind. Der Entwicklung von geeigneten Wohnformen für das Alter kommt daher eine besondere Priorität zu. Während im Stadtbereich bereits jetzt vielfach eine Vereinzelung der älteren Menschen zu beobachten ist, fällt im Landbereich die Sorge und Angst genau hiervor auf.
- Der Landbereich kämpft insbesondere mit der Sorge vor der so genannten Flucht der Generation 60+ in die Stadt, die sich mit dem Auszug der Kinder einstellt und von den Bewohnern im Hinblick auf die antizipierte Pflegebedürftigkeit und vermehrten ärztlichen Versorgung fokussiert wird. Hier sind seitens der Gemeindeplanung geeignete Maßnahmen zu entwickeln um Möglichkeiten für ein Altwerden in der gewohnten Lebensbedingung zu schaffen. In deren Umsetzung, wie z.B. die Einführung eines Besuchsdienstes, zeigt sich noch die Fremdheit des neuen. So gibt es Akzeptanzprobleme dieser Einrichtung, offensichtlich deshalb, weil kulturell noch die Familie als Ort der Versorgung im Alter gesehen wird und es entsprechend schwer ist, mit einer neuen Wirklichkeit umzugehen. Auch ist der Schwellenschritt hin zu einer Seniorenwohnung und oder zum betreuten Wohnen für viele Menschen nicht einfach. Beratung und Begleitung erscheinen hierbei bedeutsam.
- Die Bedingungen der individuelle Haushaltssituation, Wohnsituation und Sozialsituation sind bestimmend für die Lebensqualität im Alter. Hierzu kommt im entscheidenden Maße der Gesundheitsaspekt. Weitgehend gesund zu bleiben und Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung erreichen zu können ist daher der zentrale Wunsch der Bewohner, unabhängig vom Lebensraum Stadt oder Land.



## Handlungsleitende Empfehlungen

- Für die Stadt- und Gemeindeplanung ist gleichermaßen bedeutsam, der Gefahr der Vereinzelung ihrer Bewohner zu begegnen. Angebote müssen sich darauf konzentrieren, Treffpunkte als Kontaktmöglichkeiten zu schaffen. Hier ist die Einrichtung – jenseits der großen und vielfach anonymen Einkaufszentren - von Kiosken und oder kleinen „Tante Emma-Läden“ zu prüfen, die gut für einen ‚Klönschnack‘ und über kurze Wege zu erreichen sind.
- Das Prinzip des Mehrgenerationenhauses, angeschlossen an Kindertageseinrichtungen ist ein sinnvoller Weg, auf natürlichem Weg die Verbindung von Jung und Alt zu unterstützen, gemeinsame und individuelle Tätigkeiten zu fördern und damit die Ressourcen der jeweiligen Generationen sinnstiftend zu nutzen. Diesen Ansatz gilt es dahingehend auszubauen, was im Stadt – und/oder Landbereich ehrenamtlich Alt für Jung, und Jung für Alt tun können.
- Für die Stadt – und/oder Gemeindeplanung ist die Einbeziehung der Interessen und Bedarfe der älteren Generation zwingend, um nicht für sie oder über sie sondern mit ihnen zu planen. Die Einrichtung eines Seniorenbeirats, angeschlossen an die jeweiligen politischen Gremien ist daher ein probates, demokratisches Mittel, Expertise für die Belange der älteren Generation herzustellen und mit ihnen gemeinsam konkrete Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.
- Der Gesundheits- und Sozialversorgung kommt für das Wohlbefinden im Alter eine zentrale Schlüsselrolle zu. Erreichbarkeit und kurze Wege für entsprechende Einrichtungen sind daher von besonderer Wichtigkeit. Gleichzeitig muss die mittelfristige Ausrichtung der Gesundheitspolitik dahin gehen, Bedingungen zu schaffen, die Gesundheit schützen und erhalten. Hierzu sind gesundheitspädagogische Angebote auszubauen.
- Versteht man Gesundheit im salutogenetischen Sinn, so sind alle Dinge die ressourcenfördernd sind auch gesundheitsförderlich. - Das Modell der Salutogenese von Antonovsky erscheint uns zur Umsetzung besonders geeignet: Hiernach kann man davon ausgehen, dass sich im Laufe des Lebens die Stressoren und die Bewältigung von Stresssituationen verändern, Widerstandsressourcen und das Kohärenzgefühl stabilisieren.

### **Ansprechpartner:**

Dr. Steffen Kirchhof  
Universität Flensburg, Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung  
Auf dem Campus 1  
24943 Flensburg  
Tel.: 0461 / 2457  
E-mail: kirchhof@uni-flensburg.de

# When I'm sixty-four

## Das Märkische Viertel im Umbruch

Technische Universität Berlin /  
Institut für Gerontologische Forschung

9 Studierende des Studiengangs Stadt- und Regionalsoziologie (6. bzw. 8. Semester)  
1 Studierende des Urban Design

Prof. Dr. Uwe-Jens Walther, TUB  
Dr. Birgit Wolter, IGF  
Dipl.-Soz.-Wiss. Frank Ritterhoff, TUB

### Das Märkische Viertel



Das Märkische Viertel liegt im Norden Berlins im Berliner Bezirk Reinickendorf. Es ist eine Großwohnsiedlung, die von 1963 bis 1964 entstand. Von seinen 35.439 Einwohnern sind rund 21 % über 65 Jahre alt. Im Märkischen Viertel zeigt sich die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende ethnische Heterogenität und auch die (Jugend-) Arbeitslosigkeit in einem Ausmaß und in einer Gleichzeitigkeit, die planerisches Handeln gleichsam erzwingt.

### Forschungsfrage

Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich durch den demographischen Wandel in einer Großsiedlung? Wie ist das Verhältnis von jüngeren und älteren Bewohnern?

### Feldforschung

Exploration → Kartierungen → Passantenbefragung → Zählungen → Interviews mit Schlüsselpersonen → Mobilitätstagebücher → Workshops mit Entscheidern vor Ort → Empfehlungen → Präsentation durch Plakate im Märkischen Viertel

### Ergebnisse

Ein Problem stellt die mangelnde Kommunikation der verschiedenen Bewohnergruppen untereinander dar. Grund hierfür könnte die geringe Anzahl an Treffpunkten sein. Ungenügend ist auch die „gefühlte Sicherheit“ im Märkischen Viertel. Zudem beklagen die Bewohner eine unzureichende Pflege der Grün- und Freiflächen sowie Vandalismus.



### Handlungsempfehlungen

Zahlreiche Handlungsempfehlungen wurden nach folgenden Leitlinien entwickelt:

- Umfassende Versorgung der Bewohner mit Waren, Dienstleistungen und Freizeitmöglichkeiten sichern
- Stärkung des Hauptversorgungsstandortes Märkisches Zentrum sowie zweier ausgewählter Satelliten
- den öffentlichen Raum erlebbar machen
- Treffpunkte schaffen
- „Räume für alle – Räume für jeden“, Ausbau des Angebots an spezialisierten Flächen
- Angsträume abbauen
- Freizeitangebote für Jugendliche schaffen
- Kommunikation der Bewohner untereinander durch gemeinsames Erleben fördern
- Orientierung vereinfachen
- Partizipation erhöhen

Konkrete Maßnahmen, beispielsweise:

- Supermarkt der Generationen
- Kombination von hochwertigem Wohnen und Künstlerateliers mit einer Ausbildungsstätte für Jugendliche sowie einem Platz für Weiterbildung für Erwachsene am Wilhelmsruher Damm
- Errichtung eines Experimentierparks für Kinder
- Gestaltung einer Active-Age-Area, einem Seniorenspielplatz
- Installation von neuartigen Bodenbeleuchtungen
- Ausweisung eines Dog-Walks mit Hundespielplatz
- Wegleitsystem

Schader Stiftung

gesellschaftswissenschaften < > praxis

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## **Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten**

### **Wo liegen die größten Probleme? Welche Lösungsansätze sind möglich?**

Im Rahmen der Erhebungen im Märkischen Viertel stellte sich heraus, dass ein grundlegendes Problem die mangelnde Kommunikation der verschiedenen Bewohnergruppen untereinander ist. Hieraus ergeben sich Konflikte. Auch ist ein Ergebnis der Bestandsaufnahme, dass ein Defizit an Treffpunkten außerhalb des MZ besteht. Ein Lösungsansatz ist die Bereitstellung von spezialisierten und gemeinschaftlichen Flächen, die zum interkulturellen und intergenerationellen Austausch beitragen können.

Die ‚gefühlte Sicherheit‘ im Märkischen Viertel ist ungenügend. Teile des Viertels werden vor allem bei Dunkelheit für bestimmte Bewohnergruppen zu einem ‚Angstraum‘. Entgegen der Wahrnehmung durch einige Bewohner ist die Beleuchtungssituation im Viertel insgesamt gut, doch es gibt einzelne Bereiche, die sehr schlecht bzw. gar nicht beleuchtet werden. Hier kann ergänzend zu der bestehenden Beleuchtung zusätzliche Beleuchtung installiert werden.

Weitere Probleme im Märkischen Viertel sind die unzureichende Pflege der Grün- und Freiflächen sowie Vandalismus. Es herrscht zunehmend Wildwuchs, der die gewollte Begrünung überlagert. Die Stärkung der Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier ist hierfür ein möglicher konzeptioneller Lösungsansatz.

Neu geplante Maßnahmen müssen bewohnernah sein und auf Akzeptanz treffen. In der Vergangenheit wurde über die Köpfe der Bewohner des Märkischen Viertel hinweg geplant. Daraus resultierend wurde beispielsweise der Stadtplatz von den Bewohnern nicht angenommen. Bewohner sind jedoch Experten in eigener Sache, bei zukünftigen Projekten muss auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner Rücksicht genommen werden. Das Projekt entwickelt dazu erste Konzeptideen und Lösungsansätze.

### **Handlungsempfehlungen**

Gesamtkonzept Märkisches Viertel

Ausgehend von der demographischen Entwicklung im Märkischen Viertel werden die Anforderungen an die zukünftige Entwicklung deutlich. Die hohe Anzahl an Senioren steht einer großen Zahl Kinder und Jugendlichen gegenüber. Jede Bewohnergruppe stellt spezifische Anforderungen an den öffentlichen Raum, die Versorgung und die Freizeitmöglichkeiten innerhalb des Viertels. Während es den älteren Bewohnern an Treffpunkten, Ruhezeiten oder speziellen Versorgungsangeboten mangelt, steht bei vielen Bewohnern eine Steigerung des Sicherheitsempfindens im Vordergrund. Perspektivlosigkeit, Resignation und unklare Zukunftsvorstellungen prägen die Charakteristik der Jugendlichen im Märkischen Viertel und können mit fehlenden Freizeit- und Ausgleichsmöglichkeiten zu Vandalismus und Herumlungen führen. Diesem gilt es entgegenzuwirken und die Bedürfnisse aller Bewohner in einem Entwicklungskonzept zu vereinen. Die Versorgung ist zentraler Aspekt der Handlungsempfehlung. Hierzu gehören nicht nur die Versorgung mit Dienstleistungen

und Waren des täglichen Bedarfs, nein vielmehr das Bereitstellen von Räumen, Plätzen und Wegen für alle Bewohner des Märkischen Viertels.  
Ausgehend von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme gestalten sich die Leitlinien für die künftige Entwicklung des Viertels wie folgt:

### **Umfassende Versorgung der Bewohner mit Waren, Dienstleistungen und Freizeitmöglichkeiten sichern**

#### **Stärkung des Hauptversorgungsstandortes Märkisches Zentrum, sowie zweier ausgewählter Satelliten**

#### **Den öffentlichen Raum erlebbar machen**

#### **Treffpunkte schaffen**

#### **„Räume für alle – Räume für jeden“, Ausbau des Angebots an spezialisierten Flächen**

#### **Angsträume abbauen**

#### **Freizeitangebote für Jugendliche schaffen**

#### **Die Kommunikation der Bewohner untereinander durch gemeinsames Erleben fördern**

#### **Orientierung vereinfachen**

#### **Partizipation erhöhen**

Die Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die folgenden strukturellen Schwerpunkte:

- Versorgung
- Bildung
- Freizeit
- Treffpunkte
- Sicherheit
- Sauberkeit
- Partizipation
- Orientierung

#### Versorgung

Das Märkische Zentrum als Stadtteilzentrum mit bester Lage im Märkischen Viertel wird als zentraler Versorgungsstandort der Bewohner mit Waren des täglichen Bedarfs, Textilien und Kurzwaren gestärkt. Es liegt zentral am Wilhelmsruher Damm und ist für einen Großteil der Bewohner fußläufig erreichbar. Es nimmt neben dem Versorgungsangebot auch die Funktion eines Treffpunktes wahr. Das Angebot kann durch Spielwarenläden, Bastelläden und Kurzwarenläden ergänzt werden. Die Umsetzung durch Ladengemeinschaften ist sinnvoll. Sie kombinieren verschiedene Angebote in einem Raum, ermöglichen ein passgenaues Angebot und stärken

vorhandene Strukturen. Eine Kombinationsmöglichkeit wäre ein kombinierter Bastel- und Spielwarenladen innerhalb des Märkischen Zentrums. Verschiedene Bewohnergruppen prägen die Nachfrage nach speziellen Lebensmitteln. So können kulturelle oder religiöse Hintergründe, persönliche Lebensweisen oder Vorlieben die Nachfrage nach exklusiven oder seltenen Nahrungsmitteln hervorrufen. Um auch diesen Interessen nachzukommen wird ein „Virtueller Dorfladen“ vorgeschlagen. Händler, Fleischer und Lieferanten schließen sich zu einem Netzwerk zusammen und ermöglichen Absprachen des Warenangebots. Die Bewohner haben die Möglichkeit spezielle Nahrungsmittel im Internet zu bestellen und sich in die Filiale im Märkischen Zentrum liefern zu lassen. Die Nachfrage nach einem Reformhaus, welches aus mangelnder Rentabilität nicht ansässig ist, könnte durch ein Kooperationsmodell (vergünstigte Mieten gegen Prestigegewinn) zwischen Geschäftsführer und Vermieter gestillt werden. Die Nachfrage nach einem Supermarkt der Generationen wird aufgrund der demographischen Entwicklung immer lauter. Im Märkischen Zentrum wäre der ideale Standort für eine solche Realisierung. Die Eckpunkte eines solchen Konzepts sind: breite Gänge, große Schriften und Ausschilderung, Gehhilfen als Einkaufswagen, viele Kleinpackungen und zahlreiche Sitzgelegenheiten welche das Einkaufen auch für Senioren komfortabler gestalten.

Zudem werden zwei Versorgungssatelliten ausgebaut. Das Einkaufszentrum am nördlichen Senftenberger Ring wird in Ergänzung zum Jugendzentrum Atrium (siehe Punkt Freizeit) ausgebaut und soll neben einer Apotheke, einem Blumenladen, einem Internet-Café und ärztlicher Versorgung auch erschwingliche Imbiss- und Snackangebote bieten, um der Nachfrage der Jugendlichen gerecht zu werden. Der Ausbau des Versorgungszentrums am Eichhorster Weg umfasst neben ärztlicher Versorgung einen Bäcker, eine Drogerie und eine muslimische Begegnungsstätte. Zudem werden zusätzliche Räume für Kurse des Günther-Zemla-Hauses geschaffen.

### Bildung

Ziel ist es den Kindern und Jugendlichen eine optimale Vorbereitung auf die Zukunft zu ermöglichen. Der bereits gut ausgebaute Bildungsstandort Märkisches Viertel wird durch zwei Maßnahmen unterstützt. Das momentan fast ungenutzte Studentenobjekt am Wilhelmsruher Damm bietet Potenzial und Flächen um eine Kombination von hochwertigem Wohnen, Künstler-Ateliers mit einer Ausbildungsstätte für Jugendliche und einem Platz für Weiterbildungen für Erwachsene zu schaffen. Angestrebt wird eine Zusammenarbeit von Bewohnern, Senioren, Jugendlichen und Künstlern. Auf den verschiedenen Etagen des Komplexes werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Aus Gründen des Lärmschutzes kann der Schwerpunkt auf handwerkliche Ausbildungsberufe, wie Kosmetiker, Restaurantfachkräften oder Textilverarbeitung gelegt werden. In den unteren Etagen kann das Dienstleistungsangebot der Auszubildenden von der Bewohnerschaft in Anspruch genommen werden. Hierzu können Näharbeiten, ein Café oder Restaurant und ein Beauty-Salon zählen. Im Obergeschoss können Künstler-Ateliers eingerichtet werden. Deren Arbeiten können in eigens dafür hergerichteten Glaskuppeln auf dem Marktplatz ausgestellt werden. Um die Kooperation von Künstlern und Jugendlichen zu ermöglichen und die Identifikation mit dem Viertel und dem direkten Wohnumfeld hervorzurufen, können die Künstler die Jugendlichen anlernen und bei Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum unterstützen. So lernen die Jugendlichen Eigenverantwortung für ihr Wohnumfeld zu übernehmen und in eigenem Interesse an Gestaltungsmaßnahmen teilzunehmen. Die

Gestaltungsmaßnahmen sind für die Jugendlichen mit unmittelbarem Nutzen verbunden und erhöhen die Motivation zur Teilnahme

Um bereits bei kleinen Kindern in Vorbereitung auf die Grundschulbildung das Interesse an Bildung, Naturwissenschaft und Technik zu wecken schlagen wir die Errichtung eines Experimentierparks am Senftenberger Ring am Carola-Schiff vor. Um den bereits sehr beliebten Spielplatz weiter auszubauen, können pädagogisch wertvolle Spiel- und Lernelemente, wie akustische Sprechrohre, Telefonsäulen, Hydraulikelemente, optische Experimente installiert werden. Ein solcher Spielplatz fördert schon früh die Kommunikation und das entdeckende Lernen wird aktiv vorangetrieben.

### Freizeit

Großer Handlungsbedarf besteht derzeit in den Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen innerhalb des Märkischen Viertels. Ziel ist es spezifische Räume und Plätze für möglichst viele Interessengruppen zu schaffen. Im Vordergrund stehen das gemeinsame Erleben, das aktive Leben und die Kommunikation zwischen den Bewohnern.

Um ein breit gefächertes Angebot zu schaffen sind neue Räumlichkeiten notwendig. Unsere Handlungsempfehlung bezieht sich auf die Errichtung eines großen Kinder- und Jugendzentrums in Form eines Atriums.

Es handelt sich um einen Gebäudekomplex mit einem großen Innenhof. Der Innenhof ist mit einem breiten Durchgang mit dem nördlichen Senftenberger Ring verbunden und ermöglicht somit auch eine Nutzung außerhalb der Öffnungszeiten des Atriums. Der Innenhof bietet ausreichend Platz für einen Skate-Park, eine Kletterwand, Grillplätze sowie Treffpunkte für Jugendliche.

In dem Gebäudekomplex finden sich große Räume für Tanzkurse, Kickertische, Selbstverteidigungskurse und Computerkurse. An der Gestaltung des Gebäudes werden die Jugendlichen teilnehmen. So können beispielsweise die Rückwand oder der Innenhof mit Graffiti individuell gestaltet werden. Nach Absprache mit den umliegenden Schulen sind hier Kooperationen möglich um gemeinsame Nutzungen zu ermöglichen. Der ideale Platz für ein solches Vorhaben findet sich auf der Bettina-Brache. Die Fläche ist inmitten der Schullandschaft am nördlichen Senftenberger Ring mit direkter Bushaltestelle gut an das ÖPNV Netz angebunden.

Um den öffentlichen Raum als Treff- und Aufenthaltsort zu qualifizieren und das gemeinsame (Er-)Leben zu fördern empfehlen wir zudem die Umgestaltung der Parkanlagen. Entlang des Packereigrabens zwischen dem Märkischen Zentrum und dem Seggeluchbecken empfehlen wir die Gestaltung einer Active-Age-Area, einem Seniorenspielplatz, welcher das aktive Leben im Alter und die sportliche Betätigung vorantreibt.

Der Platz ist zentral im Märkischen Viertel gelegen und ist von vielen Bewohnern fußläufig erreichbar und kann somit von zahlreichen Bewohnern genutzt werden. Die bereits gut frequentierte Parkanlage rund um das Seggeluchbecken wird weiter entwickelt. Rund um die Uferpromenade kann ein Klangpark installiert werden, in welchem sich Klang- und Musikinstrumente harmonisch in die Umgebung einfügen.

Dieser bietet eine reizvolle Freizeitmöglichkeit für Senioren und Familien mit Kindern. Generell wird wie Stärkung bereits gut frequentierter Orte im öffentlichen Raum angestrebt. Kleine, ungenutzte und räumlich verteilte Spielgeräte in Wohninnenhöfen

werden zugunsten großer konzentrierter Abenteuer Spielflächen entfernt. Lediglich Kleinkinderspielplätze werden in die Umgestaltung der Innenhöfe integriert. Ein zentraler Freizeitbereich bietet das Gebiet zwischen Mittelfeldbecken und dem Spielplatz am Carola-Schiff. Die Parkanlage entlang des Fasaneriegrabens und des Mittelfeldbeckens bietet das Potenzial einer großflächigen Freizeitgestaltung. Am nordöstlichen Uferbereich kann ein Café mit Biergarten eröffnet werden. So können Eltern sich am Mittelfeldbecken entspannen während die Kinder im direkten Umfeld auf dem Spielplatz oder dem Park der Experimente spielen. Zu den Umgestaltungsmaßnahmen kann auch die Installation einer Brücke zur Mittelinsel gehören. Die angrenzenden Tennisplätze können zum Mittelfeldbecken hin geöffnet werden.

### Treffpunkte

Im Märkischen Viertel wird die Ausweisung alters- und interessenspezifischer Flächen angestrebt. Ein zentraler Treffpunkt bietet das Konzept des neu gestalteten Marktplatzes. Der bereits gut angenommene Wochenmarkt wird beibehalten und in ein neues Gestaltungskonzept integriert welches auch der weiteren Stärkung des Marktes dient. Der Marktplatz bietet auch außerhalb des Wochenmarktes einen zentralen Treffpunkt für ältere Bewohner. In das Gestaltungskonzept wurden sowohl eine Neuordnung von Bänken, Bepflanzung und Schachfeldern, als auch die Installation einer Boulebahn aufgenommen. Das geplante Ausbildungszentrum mit höherwertigem Wohnen wird optisch zum Marktplatz hin geöffnet und mit einer Rolltreppe verbunden. Ein optischer Anziehungspunkt wird durch Glaskuppeln gebildet in welchen die im angrenzenden Atelier tätigen Künstler Teile ihrer Werke ausstellen können.

Die Gestaltung und Nutzung des direkten Wohnumfeldes obliegt den Bewohnern. Je nach Interessenlage und Bewohnerstruktur können Innenhöfe und Vorplätze in Eigeninitiative gestaltet werden. Ziel einer solchen Beteiligung ist die Schaffung einer Haus- und Blockgemeinschaft, die in Eigenregie Verantwortung und Interesse für das eigene Umfeld übernehmen. Zu den Maßnahmen gehören die Gestaltung der bereits bestehenden Betonumgrenzungen durch die Jugendlichen in Unterstützung durch die ansässigen Künstler, die Bereitstellung von Flächen für Gemeinschaftsgärten und –beete, die Errichtung von Gemeinschaftspavillons und Grillplätzen sowie die Ausweisung kleiner Sportflächen, wie z.B. Boulebahnen.

Zudem können innerhalb der Parkanlagen und in großen Innenhöfen Ensembles neuartiger Sitzmöbel installiert werden, die zum Verweilen und Ruhen einladen. Innovative Sitzmöbel für jede Altersgruppe qualifizieren Treffpunkte für Jung und alt.

### Sicherheit

Großer Handlungsbedarf besteht momentan beim Sicherheitsempfinden der Bewohner. Ziel ist es Angsträume im Märkischen Viertel abzubauen und eine Sicherheit ausstrahlende Umgebung zu gestalten. Um diesem Ziel näher zu kommen, schlagen wir zum einen die Umgestaltung der Parkanlagen und zum anderen ein Beleuchtungskonzept vor. Dieses besteht aus 3 großen Elementen: die bestehende Beleuchtung, die Neugestaltung der Parkanlagen und die Beleuchtung der Spielplätze. Die Basis bildet die zumeist gut ausgebaute Beleuchtungssituation innerhalb des Märkischen Viertels. Neuartige Installationen von Bodenbeleuchtungen (Spots um das Mittelfeldbecken und das Seggeluchbecken und Lichterbänder entlang der Wege am Fasanerie- und Packereigraben).

Diese innovative Beleuchtung ermöglicht es sowohl ein gemütliches Flair als auch eine grundlegende Orientierungsmöglichkeit zu schaffen. Ebenso schlagen wir eine Beleuchtung der Spielplätze bis 19 Uhr vor, so dass diese auch in den Herbst- und Frühjahrsmonaten von den Kindern genutzt werden können.

### Sauberkeit

Die Verbesserung der Sauberkeit und eine damit verbundene Aufwertung des Wohnumfeldes ist ein zentrales Ziel der Handlungsempfehlungen für das Märkische Viertel. Um dieses Ziel zu erreichen schlagen wir die Ausweisung eines Dog-Walks vor. Eine Hundenauslauffläche in Form eines Rundweges um das Märkische Viertel herum, mit Zugängen aus den Wohnkomplexen und Straßen. Dieser Hundeweg kann für Frauchen, Herrchen und Hund ansprechend gestaltet werden. Ein geschotterter Fußweg und ein breiter Grünstreifen mit abwechslungsreichen Spielgeräten können die Basis eines solchen Konzeptes sein. Der große Rundweg wird durch einen kleineren Hundespielplatz am Fasaneriegraben ergänzt. Ziel einer solchen Maßnahme ist die Verlagerung der Hunde von den Straßen auf speziell ausgewiesene Flächen und die Minderung der Verschmutzung des Wohnumfeldes. Jeder Bewohner muss die Möglichkeit haben in direkter fußläufiger Entfernung einen solchen Park zu erreichen.

Zudem können im gesamten Viertel Papier- und Abfallbehälter in neuem Design in die Gestaltungskonzeption aufgenommen werden. Bei der Pflege und Sauberkeit der Wohninnenhöfe stellen die Bewohner einen zentralen Aspekt dar. Ihnen kann die Aufsicht und die Kontrolle übertragen werden. In Eigenverantwortung wird ein behutsamer Umgang mit der Umgebung erlernt.

### Partizipation

Partizipation ist nicht nur ein formelles Beteiligungsverfahren, nein Partizipation ist zentraler Bestandteil der konzeptionellen Arbeit des Märkischen Viertels. Partizipation, also Bürgerbeteiligung bedeutet Gestaltungsmacht für die Anwohner. Es wird den Bewohnern die Möglichkeit gegeben selbst aktiv zu bestimmen in welchem Umfeld sie leben. Es soll Ihnen die Möglichkeit gegeben werden in die Entscheidungsfindung einzugreifen und eigene Gestaltungsideen einzubringen. Partizipation kann viele Formen haben. Sie reicht von gremienstrukturierten Versammlungen, über Foren bis hin zu neuartigen Medien und e-Partizipation. Jede Bewohnergruppe wird über andere Formen angesprochen.

Die Anwohner sollen nicht nur bei gestalterischen Merkmalen Mitspracherecht bekommen, nein bereits bei der Planung neuer Vorhaben werden die Bewohner aktiv integriert. Dieses wird besonders bei der Umstrukturierung des direkten Wohnumfeldes deutlich. Senioren können neue Beete bepflanzen und Jugendliche Wände und Zäune gestalten. Zudem sind bereits in der Planung Gestaltungswettbewerbe möglich in denen die Ideen der Bewohner eingebracht werden können. Partizipation ist ein obligatorischer Bestandteil all unserer Maßnahmen, ohne den die Bewältigung des demographischen Wandels nicht möglich ist. Denn nur ein Stadtteil, dessen Bewohner sich für die Qualität des Viertels einsetzen und sich mit ihm identifizieren kann ein Stadtteil sein, der den Herausforderungen des demographischen Wandels gestärkt entgegentreten kann.

### Orientierung

Um alle Angebote im Märkischen Viertel zu verdeutlichen und für jedermann ersichtlich zu machen empfehlen wir die großflächige Erarbeitung eines Wegeleitsystems. Jeder



Bewohner oder Besucher muss erkennen können welche für ihn interessanten Angebote verfügbar sind. An allen Kreuzungen werden Wegweiser aufgestellt. Diese werden durch Übersichtstafeln an den einzelnen Angeboten ergänzt. So erhalten neue Ideen wie der Klangpark, die Active-Age-Area, das Atrium, die Hundeauslauffläche oder Ruhezone separate Übersichtstafeln. Die Wegweiser sind farblich gekennzeichnet. Jeder Altersgruppe wird eine spezifische Farbe zugeordnet. So bekommen Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen für Kinder und für Jugendliche eine Farbe, der Seniorensupermarkt, Senioren-Center, Treffpunkte und das Vitanas-Klinikum eine andere Farbe und Flächen für Sportler (Beachvolleyball-Halle, Fußballplätze, Sporthallen) eine nächste Farbe. Interessen- und Generationenübergreifende Angebote werden mehrfarbig gestaltet.

### **Ansprechpartnerin**

Dr. Birgit Wolter  
Institut für Gerontologische Forschung e.V.  
Torstr. 178  
10115 Berlin  
Tel.: 030 / 859 4908  
E-mail: wolter@igfberlin.de

# Zukunft trifft Alter

## Sicherung von Versorgung und Verkehr am Rande der Großstadt

Technische Universität Dortmund

Fakultät Raumplanung  
12 Studierende der Raumplanung im 5. Semester

Dipl.-Ing. Micha Fedowitz  
Dipl.-Geogr. Florian Krummheuer

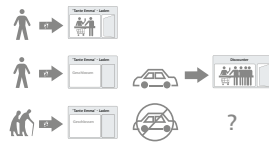
Am Rande der Großstadt: Köln, Bottrop, Recklinghausen



Untersucht wurden in Nordrhein-Westfalen gelegene Fallstudiengemeinde jeweils am Rand einer Großstadt, nämlich: Mielenforster Heide bei Köln, Grafenwald bei Bottrop und Lohweg bei Recklinghausen. Es handelt sich vor allem um Einfamilienhausgebiete, in denen eine Problemlage „Alternde Räume“ erwartet wird.

### Forschungsfrage

Wie ist die Versorgungs- und Verkehrssituation in Einfamilienhausgebieten am Rande der Großstadt?

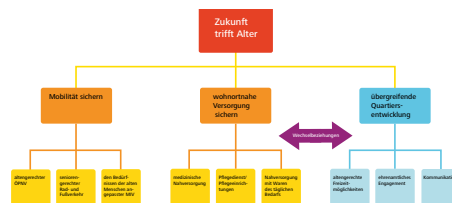


### Bedarfsforschung

Literaturrecherche → Ortsbesichtigungen → Auswertung statistischer Daten → Kartierungen → Experteninterviews → Bewohnerbefragung → Gruppendiskussion

### Ergebnisse

Es ist zwischen Gebieten mit bereits ursprünglich gut bzw. schlecht ausgebaute Infrastruktur zu unterscheiden. Die fehlende Anbindung an den ÖPNV wird von den Bewohnern nicht als Mangel empfunden, wenn sie schon bei Bezug des Hauses gegeben war. Dann ist eine starke Fixierung auf den PKW vorhanden. Entstehende Versorgungslücken und Einschränkungen in der Mobilität werden entweder durch nachbarschaftliche Hilfe oder durch Wegzug ausgeglichen. Obwohl die Bewohner gerne Fahrrad fahren, ist das bestehende Radwegenetz in einem schlechten Zustand und nicht stark ausgebaut. Als weiteres Defizit wird die fehlende Bekanntheit von Freizeit- und Hilfsangeboten festgestellt.



### Handlungsempfehlungen

- Das Radwegenetz, insbesondere sein Anschluss an Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen vor Ort soll ausgebaut werden.
- Der Ausbau von Nahversorgungseinrichtungen wäre als zusätzliche Kommunikationsmöglichkeit von Vorteil.
- Bei intaktem nachbarschaftlichen Gefüge bestehen keine Handlungsnotwendigkeiten, da Versorgungslücken und Einschränkungen in der Mobilität durch nachbarschaftliche Hilfe ausgeglichen werden. Bei mäßig ausgeprägtem Nachbarschaftsgefüge müssen professionelle Angebote wie etwa Fahr- oder Pflegedienste und / oder ein Quartiersmanagement angesiedelt werden.
- Informationen über Freizeit- und Hilfeangebote müssen altersgerechter verbreitet werden.

schader stiftung | gesellschaftswissenschaften < > praxis

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Welche Forschungsergebnisse haben Sie erzielt? Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der Bedarfe und Mängel bei Infrastruktur und Nahversorgung?**

**Bottrop:** In Bottrop Grafenwald ist eine sehr gute Grundversorgung vorhanden. Ein Bring- sowie ein Abholdienst sichern auch für immobile Menschen die Versorgung des täglichen Bedarfs, dieser wird jedoch wenn möglich nicht in Anspruch genommen. Das Einkaufen wird als wichtige Kommunikationsmöglichkeit empfunden. Daher wollen die BewohnerInnen das solange wie möglich nutzen.

Innerhalb Grafenwalds bewegen sich die älteren BewohnerInnen viel zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Zur Verbindung außerhalb Grafenwalds spielt der MIV eine sehr starke Rolle. Der ÖPNV wird kaum genutzt, da die Haltestellendichte sehr gering ist und deshalb lange Wege entstehen, die für ältere Menschen schwer zu bewältigen sind. Das Auto wird solange wie es möglich ist benutzt.

Viele der ErstbewohnerInnen haben Grafenwald nicht verlassen. Dadurch besteht immer noch ein sehr gutes Nachbarschaftsverhältnis, sowie -hilfe. Das liegt auch daran, dass viele miteinander verwandt sind. So helfen sich die BewohnerInnen untereinander, falls es jemandem nicht mehr möglich ist sich selbst zu versorgen.

Die ExpertInneninterviews haben gezeigt, dass es eine Vielzahl von Freizeitmöglichkeiten in Grafenwald gibt.

**Recklinghausen:** In Recklinghausen gibt es innerhalb der Siedlung einen Mangel an Einrichtungen der Nahversorgung. Dieser Mangel kann jedoch, auch durch ältere Menschen, durch eine gute Anbindung an den ÖPNV wett gemacht werden. Die Siedlung ist auch weiterhin attraktiv, da man relativ stadtnah und direkt am Grünen wohnen kann. Fehlende Lebensmittelgeschäfte sind allerdings ein großer Mangel, der einige ältere Menschen auch zu einem Umzug in zentralere Bereiche bringt.

Die Siedlung wird in großen Teilen noch von den ErstbewohnerInnen bewohnt, einige Häuser sind auch bereits an Erben übergegangen. Der Verkauf der Häuser, um beispielsweise eine Altenwohnung zu finanzieren ist allerdings schwierig, da kein akzeptabler Preis zu erzielen ist. Die meisten älteren Menschen wollen so lange wie möglich im eigenen Heim bleiben, durch nachbarschaftliche oder familieninterne Hilfe wird in der Regel ein Aufenthalt im Eigenheim ermöglicht, auch wenn jemand dauerhaft gepflegt werden muss. Freizeitmöglichkeiten für SeniorInnen sind in der näheren Umgebung des Untersuchungsgebiets vorhanden, jedoch zeigte die Gruppendiskussion, dass die älteren Menschen darüber nicht informiert sind.

**Köln:** Hier kann festgehalten werden, dass es im Untersuchungsgebiet Mielenforster Heide keine Einrichtungen zur Nahversorgung gibt. Des Weiteren ist auch keine Anbindung an den ÖPNV vorhanden. Beide Tatsachen stören die BewohnerInnen des Gebietes jedoch nicht, da weder Nahversorgung noch ÖPNV jemals im Gebiet vorhanden waren. Die Menschen sind im dem Bewusstsein dorthin gezogen vom MIV abhängig zu sein. Sie wären auch gegen eine Einführung eines Busses oder die Ansiedelung von Versorgungseinrichtungen, da mehr Verkehr in ihrem Quartier erzeugt werden würde. Das ruhige Wohnen im Grünen war nicht nur der Grund für den Zuzug, sondern ist immer noch der wichtigste Grund für die Menschen dort zu wohnen.

Den BewohnerInnen war durchaus bewusst, dass sie ein Problem haben werden, wenn sie das Auto nicht mehr benutzen können. Sie wollen das Problem dann mit einem Wegzug lösen.

Die größte Unzufriedenheit wurde durch den schlechten Zustand der Fuß- und Radwege ins nahe gelegene Dellbrück hervorgerufen. Vor allem bei schlechtem Wetter und in der Dunkelheit, ist die Benutzung dieser nicht ungefährlich.

Wie aus der BewohnerInnenbefragung weiterhin hervorgegangen ist, sind die BewohnerInnen mit den Freizeitangeboten in ihren Nachbarquartieren zufrieden. Es scheint in dem Gebiet einen BürgerInnenverein zu geben – allerdings werden die Angebote nicht ausreichend publik gemacht, sodass nur wenigen davon bekannt ist.

### **Ansätze für Handlungsempfehlungen**

„In Alternden Räumen kommt es aufgrund des demographischen Wandels zu Problemen hinsichtlich Versorgung und Verkehr“. Dies war die Ausgangsthese für die Arbeit des Studienprojektes. Aus der Überprüfung und Differenzierung dieser These sollten im weiteren Verlauf Handlungsempfehlungen für solche Gebiete aufgestellt werden. Der Fokus lag dabei auf Einfamilienhausgebieten am Rande der Großstadt und in den Themenbereichen Verkehr und Versorgung. Zur Überprüfung der These erfolgte zunächst eine umfassende Literaturrecherche, bevor die konkrete Situation in den drei ausgewählten Fallgebieten durch Kartierungen, die Auswertung statistischer Daten, ExpertInneninterviews, BewohnerInnenbefragungen und eine Gruppendiskussion analysiert wurde.

Während sowohl die Ergebnisse der Literaturrecherche als auch die Kartierung und Auswertung statistischer Daten für die Gebiete die These zu bestätigen schienen, wurde dieses Bild durch die Kontakte vor Ort sehr stark differenziert. Die Durchführung von ExpertInneninterviews und insbesondere die Anwendung qualitativer Methoden, wie von BewohnerInneninterviews und einer Gruppendiskussion, hatten bei diesem Prozess eine besondere Bedeutung. Die folgende Ergebnisdarstellung und die Handlungsempfehlungen basieren auf einer ersten Vorauswertung der Gespräche vor Ort und sind erste Ansätze. Das Studienprojekt wird erst Ende Juni 2009 abgeschlossen.

Die Empfehlungen sollen PlanerInnen und Kommunen gleichermaßen dienen und allgemein für jedes als 'Alternder Raum' bezeichnete oder vermutete Gebiet anwendbar sein. Somit folgen also keine konkreten Maßnahmenvorschläge, sondern Anregungen, mit welcher Methode und welcher Vorgehensweise unterschiedliche Ansätze im Bereich Verkehr und Versorgung in 'Alternden Räumen' untersucht und wenn nötig verbessert werden können.

Die Vermutung im **Bereich Verkehr** war, dass durch die periphere Lage der Gebiete die Mobilität für ältere Menschen behindert und zu einem alltäglichen Problem werden könnte. Die Forschung hat ergeben, dass hier zwischen Gebieten mit gut und schlecht ausgebauter Infrastruktur zu unterscheiden ist. Das Quartier ‚Mielenforster Heide‘ in Köln beispielsweise war infrastrukturell stets auf den Autoverkehr ausgerichtet und hatte nie einen ÖPNV-Anschluss im Gegensatz zum Gebiet ‚Recklinghausen-Lohweg‘. Bei dem Zuzug der BewohnerInnen ins Quartier ‚Mielenforster Heide‘ wurde der fehlende ÖPNV-Anschluss aufgrund anderer Faktoren, wie das Grün und den für Köln günstigen Bodenpreisen bewusst in Kauf genommen. Deshalb wird eine fehlende

Anbindung an den ÖPNV von den BewohnerInnen nicht als Mangel empfunden. Anders verhält sich die Situation in Recklinghausen. Dort gibt es einen Anschluss an den ÖPNV, sodass sich die BewohnerInnen schon an dieses Angebot gewöhnt haben. Würde dieses Angebot nun wegbrechen, würde man den Wegfall als Mangel empfinden. Ähnlich verhält es sich mit anderen Infrastrukturangeboten. Ob etwas als Mangel aufgefasst wird, ist demnach stark von der Wahrnehmung abhängig.

Interessant sind die Strategien der Bewohner, mit dieser Situation umzugehen. In den von der Innenstadt entfernten Gebieten besteht – in dem Wissen, dass die ÖPNV-Anbindung nur sehr schwach vorhanden ist – eine starke Fixierung auf den PKW. Die BewohnerInnen waren hier von Anfang an auf das Auto angewiesen und nehmen dies als Preis für die sonstigen Qualitäten der Wohnlage in Kauf. Der Wunsch nach einer Verbesserung der ÖPNV-Anbindung ist nicht sehr stark ausgeprägt, teilweise wird sie sogar abgelehnt wegen des zu erwartenden Busverkehrs. Wenn der PKW als Garantie für Mobilität aus altersbedingten und/oder gesundheitlichen Gründen nicht mehr genutzt werden kann, ist für diese BewohnerInnen der Wegzug die Lösung ihres Mobilitätsproblems. In den Gebieten, die näher an der Innenstadt liegen, ist eine bessere Anbindung an das ÖPNV-Netz gegeben, sodass die BewohnerInnen in der Lage sind, mobil zu sein, auch wenn sie das Auto nicht mehr nutzen können oder wollen.

Die BewohnerInnenbefragungen haben ergeben, dass die BewohnerInnen, gerade auch im hohen Alter, noch gerne mit dem Fahrrad fahren. Einerseits als Freizeitbeschäftigung, andererseits als eine Alternative zum PKW, um beispielsweise Einkäufe zu erledigen. Durch ihre Lage sind die Gebiete sehr stark auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet, das Radwegenetz ist nicht stark ausgebaut. Diese Erkenntnis wird deutlicher mit zunehmender Entfernung zum Zentrum. Zudem konnte festgestellt werden, dass das bestehende Radwegenetz in einem schlechten Zustand ist.

Für den Bereich Verkehr insgesamt ergibt sich aus diesen Aussagen die Erkenntnis, dass es nicht zwangsläufig notwendig ist, in den Quartieren eine Alternative zum Auto zu schaffen, falls die BewohnerInnen dieses nicht mehr benutzen können. Hier ist das Bewusstsein sehr stark ausgeprägt und die BewohnerInnen lösen das auftretende Mobilitätsproblem durch einen Umzug. Vielmehr sollte versucht werden, das Radwegenetz ergänzend auszubauen. Gerade die vorhandenen Versorgungseinrichtungen vor Ort, die sich vereinzelt entlang der Hauptverkehrsstraßen befinden, sind vielfach nicht an die bestehenden Radwegenetze angeschlossen. Gerade dieser Anschluss bietet den BewohnerInnen die Möglichkeit sich mit dem Fahrrad zu versorgen. Ein wichtiger Aspekt ist hier auch die Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten, die durch einen Ausbau des Radwegenetzes erreicht werden kann.

Wie bereits obenstehend erläutert wurde, erledigen die BewohnerInnen im **Bereich Versorgung** auch bis ins hohe Alter ihre Einkäufe gerade bei größeren Entfernungen vielfach mit dem Auto. In Gebieten, die näher am Zentrum gelegen sind und dadurch einen besseren ÖPNV-Anschluss besitzen, wird vereinzelt auch auf den ÖPNV zurückgegriffen. Ergänzende Angebote wie beispielsweise Bringdienste sind zum Teil vorhanden. Diese werden nach Aussage der Nahverkehrsbetriebe aber nur in geringem Umfang genutzt. Gerade ältere BewohnerInnen wollen sich so lange wie möglich selbst versorgen, um sich ihre Selbständigkeit zu erhalten und beim Einkauf soziale Kontakte zu pflegen.

In den Befragungen kristallisierte sich heraus, dass die Einstellung der BewohnerInnen stark von der Ausgangssituation abhängt. Wenn den BewohnerInnen schon beim Zuzug bewusst war, dass die Nahversorgung nicht so stark ausgeprägt oder sogar überhaupt nicht vorhanden ist, besteht eine größere Akzeptanz längere Entfernungen zur Versorgung zurückzulegen.

Ergänzend zu den vorangegangenen Erkenntnissen hat gerade die BewohnerInnenbefragung ergeben, dass die älteren BewohnerInnen in den Fallgebieten im Moment durchaus in der Lage sind sich selbst zu versorgen. Ein Ausbau von Nahversorgungseinrichtungen wäre vor dem Hintergrund der Kommunikationsmöglichkeit unbestritten von Vorteil und würde eine Steigerung der Lebensqualität darstellen. Aus Sicht der BewohnerInnen wird hier aber kein konkreter Handlungsbedarf gesehen, solange sie in der Lage sind sich selber zu versorgen. Alternativen hierzu bilden Fahrgemeinschaften, die die BewohnerInnen dann aber auch selbst organisieren. Erst wenn diese Möglichkeiten nicht mehr gegeben sind, ist der Umzug für viele ältere Menschen eine echte Alternative.

Um die Situation im Bereich Versorgung analysieren und im Hinblick auf etwaige Handlungsempfehlungen bewerten zu können, hat sich ein Methodenmix aus BewohnerInnenbefragung und ExpertInnengesprächen bewährt. Die ExpertInnengespräche konnten klären inwieweit vorhandene Angebote, wie beispielsweise Lieferdienste oder Bustransfers zu den Geschäften von den älteren BewohnerInnen als Alternative angenommen werden. Eine BewohnerInnenbefragung bzw. eine Gruppendiskussion ist abgrenzend dazu sinnvoll, um mögliche Handlungsempfehlungen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abzustimmen.

Ergänzend zu den Bereichen Versorgung und Verkehr muss an dieser Stelle speziell auf die Nachbarschaftshilfe eingegangen werden. Sowohl die BewohnerInnenbefragung als auch die ExpertInnengespräche haben ergeben, dass vielfach Versorgungslücken und Einschränkungen in der Mobilität durch die nachbarschaftliche Hilfe ausgeglichen werden. Dies kann sich darin äußern, dass ältere Menschen Fahrgemeinschaften bilden, um zusammen ihre Einkäufe zu erledigen oder mit NachbarInnen ihre Freizeit gestalten. Da die nachbarschaftliche Hilfe in der Lage ist, Angebotslücken in vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens zu schließen, ist sie ein wichtiger Bestandteil für das Leben in ‚Alternden Räumen‘. Ein intaktes nachbarschaftliches Gefüge ist gleichsam aber nur sehr schwer durch planerische Maßnahmen künstlich zu erzeugen. Deshalb kann die Handlungsempfehlung für diesen Bereich des sozialen Miteinanders nur so aussehen, dass zunächst die Situation vor Ort durch BewohnerInnenbefragungen analysiert werden muss, um daraus Rückschlüsse auf das Nachbarschaftsgefüge ziehen zu können. Wenn es intakt ist, ergibt sich hieraus keine weitere Handlungsnotwendigkeit. Sollte das Nachbarschaftsgefüge jedoch nur mäßig ausgeprägt sein, ergibt sich daraus der planerische Auftrag professionelle Angebote wie etwa Fahr- oder Pflegedienste verstärkt anzusiedeln. Eine weitere Lösungsstrategie bildet das sogenannte Quartiersmanagement, welches den Bedürfnissen der BewohnerInnen direkt vor Ort begegnet.

Durch den Vergleich der Informationen aus ExpertInneninterviews und BewohnerInnenbefragungen beziehungsweise Gruppendiskussionen konnten Defizite in der Verbreitung von Informationen festgestellt werden. Die ExpertInnen berichteten von einer Vielzahl von Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und zur Hilfe bei der täglichen

Versorgung, jedoch waren den BewohnerInnen meist nur wenige dieser Angebote bekannt. Es ist festzuhalten, dass die Information über Freizeit- und Hilfeangebote in diesen Gebieten offenbar nur unzureichend und nicht altengerecht verbreitet werden. Als erste Schritte könnten also sowohl die Informationen als auch deren Weitergabe zu einer Verbesserung der Situation vor Ort führen. Man kann in jedem beliebigen Untersuchungsraum die oben genannten Methoden anwenden, die Ergebnisse auswerten und dann die notwendigen Schritte einleiten, um das Informationsangebot auszuweiten und gleichzeitig altengerechter zu machen.

Abschließend ist zu sagen, dass man aus den 'Alternden Räumen' im suburbanen Raum keine urbanen Wohngebiete machen kann. Allerdings haben diese Gebiete trotz ihrer Probleme, beispielsweise bei der Nahversorgung, viele positive Aspekte. Beispiele hierfür wären das Wohnen im Grünen oder der günstige Erwerb von Eigentum. Die vor allem durch die intergenerative Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen begünstigte Forschung hat gezeigt, dass die Leute dort so lange wie möglich wohnen möchten. Ebenso machen sie sich auch Gedanken um ihre Zukunft im Gebiet. Sie reflektieren ihre jetzige Situation und haben Pläne für die Zukunft, falls sich ihre momentane Lebenssituation ändern sollte. Die BewohnerInnen wussten schon, bevor sie ins hohe Alter kamen, was in ihrem Wohngebiet auf sie zukommen wird und wie sie damit umgehen müssen und empfinden daher ihre heutige Situation in den meisten Fällen nicht als problematisch. Da man nicht grundsätzlich davon ausgehen kann, dass dies ein verallgemeinerbarer Zustand in allen ähnlichen Gebieten ist, sollte man das Bewusstsein für mögliche Schwierigkeiten im Alter der Bevölkerung frühzeitig schärfen.

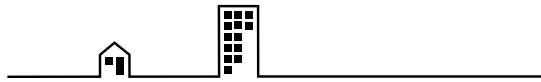
Alle genannten Empfehlungen und Herangehensweisen können für PlanerInnen und Kommunen eine Grundlage für die detaillierte Untersuchung von 'Alternden Räumen' und die Bewältigung derer Probleme sein. Jedoch muss erwähnt werden, dass dies nur Ausschnitte aus den Bereichen Verkehr und Versorgung sind und selbstredend noch andere Aspekte Probleme aufwerfen können. Daher sollte einer jeden Untersuchung und Planung mit einer gewissen Offenheit entgegen getreten werden, damit nicht andere wichtige Gesichtspunkte außer Acht gelassen werden. Außerdem besteht die Gefahr einer Stigmatisierung, wenn ein potentieller 'Alternder Raum' schon von Beginn einer Untersuchung als problematisch angesehen wird.

### **Ansprechpartner**

Dipl.-Geogr. Florian Krummheuer  
Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung  
August-Schmidt-Str. 10  
44227 Dortmund  
Tel.: 0231/ 755 4150  
E-mail: [florian.krummheuer@tu-dortmund.de](mailto:florian.krummheuer@tu-dortmund.de)

# Aging in Place oder „Zurück in die Stadt“

Technische Universität Dortmund



Fakultät Raumplanung  
11 Studierende der Raumplanung im 2. Semester

Dipl.-Ing. Angelika Münter

## Suburbane Einfamilienhausgebiete in Nottuln



Die drei Untersuchungsgebiete gehören zu der Gemeinde Nottuln und liegen im Münsterland in Nordrhein-Westfalen. Es handelt sich um Einfamilienhausgebiete, die in den 1960 bzw. 1970er Jahren entstanden sind. In den Untersuchungsgebieten erreichen die Erstbezieher der suburbanen Einfamilienhäuser zunehmend das Seniorenalter.

## Forschungsfrage

Gibt es den Trend „Zurück in die Stadt“? Ist eine Umzugsbereitschaft der älteren Bewohner suburbaner Wohngebieten erkennbar?



## Qualitative Forschung

Ortsbegehung → Expertengespräche → Qualitative Bewohnerinterviews → Literaturrecherche

## Ergebnisse

Schlechte Infrastruktur, Nahversorgung und Vernetzung im suburbanen Raum zeichnen sich als Probleme ab. Zu untersuchen ist, ob Umzugswünsche in die Stadt von der Infrastrukturausstattung des bewohnten suburbanen Gebiets abhängig sind.



## Handlungsempfehlungen

Da die Auswertung noch nicht abgeschlossen ist, liegen noch keine Handlungsempfehlungen vor.

Schader Stiftung

Gesellschaftswissenschaften < > Praxis

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR



© 2014 Schader-Stiftung, Dortmund. Alle Rechte vorbehalten. www.schader-stiftung.de



## Kurzvorstellung der Projekts

Die Alterung der Gesellschaft erfasst zunehmend auch den suburbanen Raum. Diese Entwicklung wird u.a. dadurch getragen, dass die Bezieher der in der ersten Suburbanisierungswelle der 1960/70er Jahre gebauten Einfamilienhäuser mittlerweile das Seniorenalter erreicht haben. Die planerischen Herausforderungen, die mit der kollektiven Alterung in suburbanen Einfamilienhausgebieten verbunden sind, entstehen vor allem aus der Diskrepanz zwischen den Wohnbedürfnissen älterer Menschen und der Wohnsituation in suburbanen Einfamilienhausgebieten (autoorientierte Wohnstandorte, geringes Nahversorgungsangebot etc.).

In der fachlichen Diskussion um die kollektive Alterung in suburbanen Wohngebieten stehen sich zwei widersprüchliche Einschätzungen gegenüber, wie die älteren Bewohner suburbaner Einfamilienhausgebiete mit dieser Diskrepanz umgehen:

- Einerseits weisen gerade Senioren und Eigentümerhaushalte gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen eine sehr große Bindung an ihren Wohnstandort auf. Diese betrifft sowohl das Haus an sich als auch das Umfeld und die Nachbarschaft, die in Einfamilienhausgebieten häufig sehr homogen ist und über Jahrzehnte nahezu unverändert besteht. Das Haus wird ggf. durch Umbaumaßnahmen an die Erfordernisse des Alters angepasst und Dienstleistungen in Anspruch genommen, ein Umzug, z.B. in ein Altenheim, wird aber nur als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen („Aging in Place“).
- Andererseits spricht auch einiges dafür, dass die Mobilitätsbereitschaft älterer Menschen im suburbanen Raum zunimmt. Insbesondere den „Jungen Alten“, die im suburbanen Raum leben, wird ein Potenzial zugeschrieben, zurück in die Stadt, und damit in die Nähe zu sozialen und kulturellen Infrastrukturen, zu ziehen. Gestützt wird diese These etwa dadurch, dass heutige Seniorengenerationen bereits in der Vergangenheit räumlich mobiler waren als frühere Seniorengenerationen und dass aufgrund der steigenden Lebenserwartung die Zeit nach dem Renteneintritt zunehmend als eigenständiger Lebensabschnitt aufgefasst wird, für den sich ein Umzug an einen an die geänderten Wohnbedürfnisse angepassten Wohnstandort lohnt.

Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwieweit diese beiden Einschätzungen empirisch belegt werden können und welche Vorstellungen die Bewohner suburbaner Einfamilienhausgebiete im Hinblick auf das Wohnen im Alter haben.

Mögliche Forschungsfragen sind:

- Ist eine Umzugsbereitschaft älterer Bewohner in suburbanen Einfamilienhausgebieten erkennbar? Falls ja, wodurch ist diese bedingt? Welche Wohnwünsche und -bedürfnisse haben diese Haushalte?
- Oder beabsichtigen die Bewohner möglichst lange in ihrem Eigenheim wohnen zu bleiben? Welche neuen Anforderungen haben sie an ihr Wohnumfeld und die Infrastrukturausstattung?
- Gibt es Unterschiede zwischen unterschiedlich gut an den ÖPNV angebundenen Wohnstandorten?

**Ansprechpartnerin**

Dipl.-Ing. Angelika Münter  
Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung  
4421 Dortmund  
Tel.: 0231 / 755 6028  
E-mail: [angelika.muenter@tu-dortmund.de](mailto:angelika.muenter@tu-dortmund.de)

# Rahmenplanung für altersgerechte Quartiere in Hagen

Technische Universität Dortmund / Stadt Hagen

Fakultät Raumplanung  
4 Studierende der Raumplanung

Dipl.-Ing. Tobias Scholz, TU Dortmund  
Dipl.-Ing. Volker Kreuzer, TU Dortmund  
Dipl.-Ing. Bernd Roß, Stadt Hagen

Hagen-Wehringhausen und Oberhagen / Eilpe



Hagen, im südöstlichen Ruhrgebiet gelegen, wird als schrumpfende Großstadt im postindustriellen Wandel eingestuft. Eine zunehmende Alterung der Bewohnerschaft wird prognostiziert. Der kommunale Haushalt ist stark verschuldet. Die Stadtteile Wehringhausen und Oberhagen / Eilpe wurden untersucht. Beide Stadtteile grenzen an die Innenstadt an und haben mit teilweise starker Hanglage zu kämpfen.

## Forschungsfrage

Welche Konzepte altersgerechter Quartiere sind für Wehringhausen und Oberhagen / Eilpe realisierbar?



## Methoden-Mix

Literatur- und Internetrecherche → Auswertung vorhandener Planungsgrundlagen → Ortsbegehung → Experteninterviews und -gespräche → Arbeit in der Stadtverwaltung → Beratung durch Stadt und Universität → Präsentationen vor städtischen Akteuren und Bürgern

## Ergebnisse

In beiden Stadtteilen sind altersgerechte Wohnformen nur in geringem Ausmaß oder gar nicht vorhanden. Auch die Wohnumfeldqualität ist defizitär etwa aufgrund stark befahrener Straßen, Leerstände oder der Situation des öffentlichen Raums. Während in Wehringhausen die Anbindung an den ÖPNV und die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs als gut einzustufen ist, gelten diese in Oberhagen / Eilpe nur als ausreichend. Von einigen Einfamilienhausgebieten ist hier die fußläufige Erreichbarkeit des Stadtteilzentrums aufgrund der starken Hanglage nicht gegeben.



## Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen folgen einem Ansatz der „Integrierten Rahmenplanung“, in der die Themenfelder Wohnen und Öffentlicher Raum miteinbezogen werden. Eine kleinräumige Analyse unter Einbeziehung der Perspektiven verschiedener Akteure soll möglichst zu Konzepten führen, die die Gestaltungsmöglichkeiten einer Kommune auch bei leeren Kassen auszuschöpfen wissen.

Konkrete Empfehlungen u. a.:

- Förderungen altersgerechter Wohnformen durch Wohnberatung, Umzugsmanagement, Initiierung von neuen Wohnformen
- Aufwertung von Grün- und Freiflächen
- Verbesserung der Mobilität durch geänderte Linienführung des ÖPNV, Kurzzeitparkplätze und Verkehrsberuhigungen bzw. Querungsmöglichkeiten stark befahrener Straßen
- räumliche Ausweitung von Nahversorgungs- und Dienstleistungsangeboten
- verbesserte Koordination von Angeboten sozialer Dienstleistungen
- Einrichtung einer zentralen Begegnungs- und Informationsstelle

Ein Projekt der Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit der EFH, Darmstadt  
Modellvorhaben im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)“ des BMVBS/BBR

## Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Welche Forschungsergebnisse haben Sie erzielt? Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der Bedarfe und Mängel bei Infrastruktur und Nahversorgung?**

#### **Fallbeispiel A Wehringhausen:**

##### Wohnen:

Im Bereich des altersgerechten Wohnens existiert im Stadtteil Wehringhausen hoher Handlungsbedarf. Zwar existiert ein Altersheim vor Ort, allerdings ist das institutionalisierte Wohnen nur ein Aspekt; vielmehr spielen in Zukunft neue Wohnformen eine wichtigere Rolle, die ein Älterwerden in der eigenen Häuslichkeit bzw. im eigenen Wohnquartier ermöglichen. Von diesen Angeboten gibt es in Wehringhausen zurzeit aber nur wenige. Daher sollte verstärkt die Unterstützung von Projekten und solchen Einrichtungen gefördert werden. Mit der Analyse der geeigneten Wohnstandorte ist in diesem Bereich der erste Schritt getan und sollte nun weiterverfolgt werden. Die Stärkung des Wohnstandorts ist dabei eine wichtige Komponente für die Sicherung der Nachfrage in den Bereichen ÖPNV, Nahversorgung und soziale Infrastruktur.

##### Öffentlicher Raum & Mobilität

Neben den verschiedenen Möglichkeiten für altersgerechtes Wohnen spielen der öffentliche Raum und das direkte Wohnumfeld eine ebenso wichtige Rolle. Insgesamt lässt sich die Situation des öffentlichen Raums, insbesondere des öffentlichen Freiraums, für ältere Menschen in den meisten Bereichen als defizitär beurteilen. Dennoch gibt es in fast allen Bereichen auch Potenziale, die es zu nutzen gilt um eine Verbesserung der aktuellen Situation herbeizuführen und damit die Attraktivität Wehringhausens für ältere Menschen zu steigern. Neben den aufzuwertenden Flächen sollten Möglichkeiten für neue, zusätzliche Flächen geprüft werden, um die Situation im Stadtteil zu verbessern. Des Weiteren bieten einige der Innenhöfe sowie andere Flächen im Gebiet weitere Chancen, um das Freiraum- und Grünangebot zu erhöhen. Außerdem gilt es, Maßnahmen zu entwickeln, die die mangelnde Sicherheit bzw. das Sicherheitsgefühl und die Sauberkeit im öffentlichen Raum verbessern. Die meisten weiteren Angebote für Freizeit, Sport und Treff liegen in der Nähe der Bushaltestellen entlang der Lange Straße und sorgen so für ein gut zu beurteilendes Angebot für ältere Menschen in Wehringhausen. Des Weiteren sollten diese Angebote gestärkt werden damit ein ausreichendes Angebot auch in Zukunft gesichert ist. Zudem ist die Qualität und Ausrichtung der Angebote durch das Sozialdezernat, die Seniorenbeauftragte und die verantwortlichen Träger zu prüfen, da dieser Schritt im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden konnte.

##### Mobilität & ÖPNV

Die Anbindung an den ÖPNV ist in Wehringhausen als gut bis sehr gut einzuschätzen. Insgesamt verkehren vier Buslinien in Wehringhausen und weitere auf der Wehringhauser Straße, die aber nur eine untergeordnete Rolle in der Wichtigkeit für Wehringhausen einnimmt. Alle durch Wehringhausen verkehrenden Buslinien sind mit dem Hauptbahnhof und der Stadtmitte verknüpft. Innerhalb Wehringhausens fehlen zahlreiche Verknüpfungen zwischen den Quartieren. Mit der Behebung dieser Problemlage würde sich in vielen Bereichen die Möglichkeit der Versorgung deutlich verbessern.

Nahversorgung:

Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist in Wehringhausen auf den ersten Blick fast flächendeckend - auch für die Bevölkerungsgruppe der über 80jährigen - gegeben. Der Schwerpunkt der Geschäfte des täglichen Bedarfs liegt an der Lange Straße auf Höhe des Wilhelmsplatzes sowie am Wilhelmsplatz selbst.

Allerdings ist durch die Barriere der hohen Steigungen die Einschränkung für ältere Menschen sehr groß, da kleine Beeinträchtigungen der Mobilität bereits dafür sorgen können, dass diese Steigungen unüberwindbar werden

Soziale Infrastruktur/Netzwerke:

Das Angebot an sozialer Infrastruktur im Stadtteil Wehringhausen ist gut und differenziert. Auf der einen Seite gibt es viele verschiedene Stellen, die beratend älteren Menschen zur Seite stehen können. Neben den Trägern der Wohlfahrtspflege, der AWO, der Caritas und dem DRK gibt es weitere Einrichtungen wie z.B. eine Geschäftsstelle der ortsansässigen Wohnungsgenossenschaft.

Die Erreichbarkeit mit dem Bus ist für alle beratenden Einrichtungen relativ gut über die Lange Straße gegeben. Die Begegnungsstätte der AWO sowie die Caritas sind durch ihre nicht direkt an der Lange Straße ansässigen Begegnungsstätten mit Einschränkung, aber von der Bushaltestelle ausgehend in einem fußläufigen Bereich gut zu erreichen.

Die kirchlichen Begegnungsstätten liegen gut erreichbar in der Lange Straße bzw. direkt angrenzend in Nebenstraßen. Das Angebot lässt sich quantitativ als gut beurteilen.

**Fallbeispiel B Oberhagen/Eilpe:**Wohnsituation/Wohnumfeld:

Bei der Wohnsituation ist festzuhalten, dass im Untersuchungsgebiet keine altengerechten Wohnungen bekannt sind. Des Weiteren sind Leerstände vor allem im Bereich der Eilper Straße und Franzstraße zu beobachten. Die Wohnumfeldqualität wird vor allem durch die mangelnden Freiflächen im Stadtteil sowie die stark befahrene Eilper Straße beeinträchtigt, was die Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum stark einengt.

Öffentlicher Raum & Mobilität:

Die Mobilität älterer Menschen wird im Stadtteil durch die teilweise starken Steigungen an der Hanglage ganz erheblich eingeschränkt. So ist beispielsweise die fußläufige Erreichbarkeit von Einrichtungen des Stadtteilzentrums aus dem Einfamilienhausgebiet südlich der Franzstraße heraus nicht gegeben.

Nahversorgung:

Die Versorgungslage ist im Untersuchungsgebiet als ausreichend einzuschätzen. Besonders die über den Stadtteil hinausgehende Bedeutung des Eilper Zentrums als Einkaufs- und Dienstleistungsstandort ist hierbei hervorzuheben. Ebenso bedeutend ist jedoch die Tatsache, dass große Teile des Untersuchungsgebietes auf Grund der starken Steigungen im Stadtteil keinen fußläufigen Zugang zu Versorgungseinrichtungen haben. Des Weiteren ist die Angebotsstruktur außerhalb des Eilper Zentrums relativ weitmaschig.

Soziale Infrastruktur

Die Ausstattung des Stadtteiles mit sozialen Einrichtungen ist ausreichend, wobei eine fehlende Koordination zwischen den einzelnen Trägern die Ausschöpfungsmöglichkeiten dieses Potentials verringert. Auch soziale Netzwerke sind soweit dies durch

die Untersuchung zu erfassen war in nicht unerheblichem Maße vorhanden. Was Räume zur Kommunikation angeht, sind verschiedenartige Möglichkeiten für ältere Menschen im Stadtteil gegeben miteinander in Kontakt zu treten. Erschwert wird dies jedoch durch mangelnde Aufenthaltsqualitäten im Wohnumfeld sowie die erschwerte Erschließbarkeit des öffentlichen Raumes durch starke Steigungen.

### **Frage: Welche möglichen Lösungsansätze sehen Sie?**

#### **Fallbeispiel A Wehringhausen**

##### *Schwerpunktgebiet:*

Hier sind die umfassendsten Maßnahmen im Wohnumfeld notwendig; u.a. die Herstellung von Barrierefreiheit in der Hauptentwicklungszone. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung für die Ansiedelung von alternativen Formen für das Wohnen im Alter. Insgesamt sollten im Schwerpunktgebiet die städtischen Maßnahmen im Hinblick auf ein altersgerechtes Quartier konzentrieren. Informations- und Beratungsangebote können hier zugänglich gemacht und verbreitet werden. Wichtige Kommunikationsorte und Treffpunkte müssen hier geschaffen werden.

##### *Sekundäres Schwerpunktgebiet:*

In diesem Gebiet sind Nahversorgungsreinrichtungen, Hausärzte und ein Bürgertreff mit Mittagstisch vorhanden. Das Gebiet ist jedoch durch extreme Steigung in zwei Teilräume getrennt, so dass die Versorgung nur partiell sichergestellt ist

Nachfolgend sind mögliche Maßnahmen in beiden Schwerpunktgebieten aufgeführt:

##### Wohnen

- Förderung von Wohnungsanpassungen im Bestand und Initiierung von neuen ambulant betreuten Wohnformen (u.a. Wohnen mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale, Wohngruppen, Hausgemeinschaften, quartiersbezogene Betreuungs- und Pflegekonzepte)
- Umzugsmanagement z.B. in Kooperation mit Akteuren
- Aktivierung von Investoren für die geeigneten Wohnstandorte
- Strukturelle Anpassung von Blöcken oder Straßenzügen zur Schaffung von Gemeinschaftsräumen und Nutzung der Innenhöfe.

Es ist zu prüfen ob Instrumente und Modelle aus dem Stadtumbau zur Anwendung kommen oder Kooperationsverträge im Rahmen der Wohnungsbauförderung geschlossen werden können. Möglich wären auch private Verträge unter den Eigentümern zur gemeinsamen Realisierung und zur Finanzierung haushaltsnaher Dienstleistungen. Dies könnte beispielsweise die Etablierung eines privaten Hausmeisterservice oder die Bereitstellung von Alltagshilfen über einen Nachbarschaftshilfeverein sein.

##### Mobilität & öffentlicher Raum & Versorgung

- Durch Änderungen in der Linienführung sollte eine Anbindung an den Ortsteil Haspe hergestellt werden und zudem die Erreichbarkeit des Supermarktes „Kaufpark“ sichergestellt werden

- Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Sicherheit durch kurzzeitiges Parken im Kernbereich und Verlagerung des Parkens in den angrenzenden Bereichen.
- Stärkung von Geschäften und Angeboten des speziellen Bedarfs und Dienstleistungen für ältere Menschen.
- Ausdehnung von Dienstleistungen und Geschäften zur Augustastraße, da diese besser mit dem Auto erreichbar ist und Parkmöglichkeiten bestehen.
- Erhöhung der Sicherheit durch Schaffung von Querungsmöglichkeiten entlang der Lange Straße

### **Fallbeispiel B Oberhagen/Eilpe:**

#### *Wohnsituation/Wohnumfeld:*

- Stärkung der Wohnberatung: Allgemein ist eine stärkere Rolle der Wohnberatung im Stadtteil anzuraten. Diese könnte die Bewohner detailliert über barriereverringende Um- und Anbauten der Häuser und deren Förderungsmöglichkeiten informieren und somit einen Beitrag zum selbständigen Leben im Eigenheim leisten.
- Einrichtung eines Umzugsmanagements: Kann die eigene Häuslichkeit nicht ausreichend angepasst werden oder ist ein Umzug gewünscht, kann ein Umzugsmanagement wichtige Unterstützungsleistungen liefern. Hierzu wäre aber das Vorhandensein attraktiver alternativer Wohnformen die Voraussetzung, wobei die Leerstände sowie die gewerblichen Brachflächen im Stadtteil Potentiale zur Verwirklichung von neuen ambulant betreuten Wohnformen bieten.
- Hinsichtlich des Wohnumfelds sind Aufwertungen und Erschließung, inkl. Schaffung von Barrierefreiheit, der vorhandenen Grün- und Freiflächen zu empfehlen. Auch eine Attraktivierung des Straßenraumes der den Stadtteil durchziehenden Eilper Straße würde eine Aufwertung des allgemeinen Wohnumfeldes bedeuten.

#### *Mobilität & Nahversorgung*

- Verkehrsberuhigung: Von besonderer Dringlichkeit wäre eine Verkehrsberuhigung der Eilper Straße verbunden mit einer Umleitung insbesondere des Schwerlastverkehrs über die Volmetalstraße in die Innenstadt. Eine Verkehrsberuhigung der Eilper Straße würde ebenfalls die Aufenthaltsqualität und Sicherheit des Straßenraumes erhöhen.
- Verbesserung der ÖPNV-Angebote: Beim ÖPNV ist eine Verbesserung der Anbindung an die Innenstadt in den Abendstunden anzuraten, dies erleichtert die Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten in der Innenstadt für alle Stadtteilbewohner. Auch die Schaffung alternativer Bedienungsformen im ÖPNV, z.B. in Form eines Bürgerbussees, würde Mobilität älterer Menschen sichern.
- Kleinteilige Nahversorgungsangebote: Durch die Einrichtung von Nachbarschaftsläden mit einem kombinierten Waren- und Dienstleistungsangebot könnte die selbstständige Versorgung älterer Menschen sichergestellt werden.

#### *Soziale Infrastruktur/Netzwerke:*

- Koordination der Angebote: Eine verbesserte Koordinierung der Anbieter von sozialen Dienstleistungen wäre über verschiedene Wege denkbar. So wäre die Organisation einer „Senioren AG“ wie im Stadtteil Wehringhausen auch für den Stadtteil Eilpe eine sinnvolle Einrichtung.

- Zentrale Begegnungs- und Informationszentren: Die Einrichtung einer zentralen Informations- und Beratungsstelle im Stadtteil wäre organisationsübergreifend sinnvoll, um älteren Menschen eine gemeinsame Anlaufstelle bei Fragen und Problemen zu geben, die einen Überblick über die Angebote der verschiedenen Anbieter sozialer Dienstleistungen gibt. Diese Maßnahme könnte ggf. über die Neueinrichtung der Pflegestützpunkte im Rahmen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes realisiert werden.

## **Handlungsempfehlungen**

Ausgangspunkt des Projektes der Schader-Stiftung waren die Fragen nach der Infrastrukturausstattung und der Versorgungslage in Gebieten mit einem hohen Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung: den Alternden Räumen.

Der in dem Lehrforschungsprojekt Hagen verfolgte Ansatz einer Integrierten Rahmenplanung für altersgerechte Quartiere stellt zugleich die erste Handlungsempfehlung für den stadtentwicklungspolitischen Umgang mit alternden Räumen dar.

### **1. Ansatz einer „Integrierten Rahmenplanung“**

Dieser Planungsansatz öffnet die vorgegebene thematische Eingrenzung und erweitert die Auseinandersetzung im Lehrforschungsprojekt gegenüber den Themenfeldern *Wohnen* und *Öffentlicher Raum*. Die Erweiterung ist in den Wechselwirkungen der Themenfelder untereinander begründet.

So stärkt die Sicherung der Wohnfunktion eines Quartiers die Nachfrage nach Angeboten des ÖPNV, Einrichtungen sozialer Infrastruktur und der Nahversorgung. Umgekehrt steigern diese Faktoren die Attraktivität eines Stadtteils als Wohnstandort. Die Möglichkeit selbstbestimmt und selbstständig in der eigenen Häuslichkeit wohnen zu bleiben oder im Quartier in altersgerechte Wohnangebote umzuziehen zu können, ist damit eine zentrale Voraussetzung für die Beschäftigung mit den Themen Nahversorgung und Infrastruktur. Von ebenso großer Bedeutung ist das Wohnumfeld bzw. der öffentliche Raum; kann er doch - barrierefrei gestaltet - die Nahmobilität mobilitätseingeschränkter Menschen sichern. Davon profitieren nicht nur ältere Menschen, sondern Eltern mit Kinderwagen oder auch jüngere Menschen mit Behinderungen.

### **2. Kleinräumige Vorgehensweise**

Die Beschäftigung mit alternden Räumen erfordert eine kleinräumige Vorgehensweise in der Analyse und Konzeptentwicklung. Nur über eine quartiersbezogene Vorgehensweise kann unmittelbar auf die individuellen Ansprüche und Bedürfnisse der Zielgruppe älterer Menschen mit allen anzutreffenden Differenzierungen eingegangen werden. Zudem könne nur auf diese Weise die jeweils unterschiedlichen ortsspezifischen Ausgangsvoraussetzungen eines Quartieres einbezogen werden. Alternde Räume unterscheiden sich in ihrer Siedlungs- und Freiflächenstruktur, den Gebäudetypen und ihrem baulichen Zustand. Weiterhin unterscheiden sie sich auch hinsichtlich der dort ansässigen Akteure, wie beispielsweise Eigentümer/innen, Initiativen oder Vereine. Ohne ein handelndes Zusammenwirken der öffentlichen, privaten, zivilgesellschaftlichen und intermediären Akteure lassen sich die Problemstellungen in alternden Räumen nicht bewältigen. Die zweite Handlungsempfehlung gilt daher der Akteurperspektive.



### 3. Akteurperspektive

Stadtentwicklung wird durch die Aktivitäten ihrer Akteure gestaltet. Wohnungsgesellschaften schaffen barrierefreien Wohnraum durch strukturelle Bestandsanpassungen, Vereine organisieren Nachbarschaftshilfen, Pflegedienste entwickeln innovativer Konzepte ambulanter Pflege, die Kommune unterstützt unterstützungsbedürftige Ältere mit Hilfen zum Lebensunterhalt oder sichert mit der Nahverkehrsplanung die Daseinsvorsorge im ÖPNV. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind zentrale Akteure der Stadtentwicklung. Prägen Sie doch mit ihren individuellen Entscheidungen zur Wohnstandortwahl, zur Wahl der Einkaufsmöglichkeiten oder über ehrenamtliches Engagement in der Summe die Entwicklung eines Quartiers. Diese Aufzählung könnte ohne Mühe fortgeführt werden; sie soll jedoch nur verdeutlichen, dass für jede inhaltliche Fragestellung verantwortliche Akteure identifiziert werden müssen. Zahlreiche Bedürfnisse (nicht nur) älterer Menschen decken sich jedoch nicht mit den Interessen der Mehrzahl der Akteure. Das Beispiel der Zentralisierung im Einzelhandel sei an dieser Stelle beispielhaft erwähnt: Bürgerinnen und Bürger ziehen in der Summe günstigere Preise im großflächigen Einzelhandel einer wohnortnahen Nahversorgung zu höheren Preisen vor. In entsprechenden Fällen sind die teilweise sehr begrenzten - kommunalen Handlungsmöglichkeiten gefragt.

### 4. Ausschöpfung der Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen

Durch die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der meisten Kommunen – wie auch im Beispiel der Stadt Hagen, bieten sich insbesondere vier Ansatzpunkte im Umgang mit alternden Räumen.

- Kooperation mit Akteuren: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kommune mit nichtöffentlichen Akteuren kann deren Handeln beeinflussen. Beispielhaft sei im Bereich der sozialen Infrastruktur die gesamtstädtische Koordination von Angeboten der offenen Altenhilfe genannt sein, die durch Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege getragen werden.
- Ausschöpfung der rechtlichen Instrumente: So können beispielsweise im Bereich des Einzelhandels über die konsequente Anwendung des Städtebaurecht integrierte Einzelhandelsstandorte gesichert werden. Auch in der Siedlungsentwicklung kann über die (Nicht-)Ausweisung von neuen Wohnbauflächen die Stärkung bestehender Siedlungsbereiche in integrierten Lagen erreicht werden.
- Nutzung integrierter Stadtentwicklungsprogramme: Förderprogramme des Städtebaurechts wie Soziale Stadt oder Stadtumbau bieten die Chance zahlreiche typische Fragestellungen alternde Räume, wie beispielsweise Barrierefreiheit im öffentlichen Raum oder Angebote sozialer Dienste, mit finanzieller Unterstützung zu bearbeiten.
- Altersgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe einer Kommune: Abschließend gilt es zu betonen, dass die Fragestellungen alternder Räume alle Fachdezernate betreffen und nicht nur die ausgewiesenen Altenplanerinnen oder Seniorenbeauftragten in den Sozialdezernaten. Daher kommt der Verankerung der Anforderungen älterer Menschen im alltäglichen Verwaltungshandeln eine zentrale Rolle zu.

**Ansprechpartner**

Dipl.-Ing. Tobias Scholz  
Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung  
August-Schmidt-Str. 10  
44221 Dortmund  
Tel.: 0231 / 755 2246  
E-mail: tobias.scholz@tu-dortmund.de



# Die alternde Siedlergemeinschaft

## Technische Hochschule Kaiserslautern

Fachbereich Raum- und Umweltplanung  
6 Studierende der Raumplanung im Hauptstudium

Prof. Dr. Annette Spellerberg

## Allerheiligenberg Lahnstein



Allerheiligenberg Lahnstein ist eine kleine Selbstbausiedlung mit 42 Haushalten, die in exponierter Lage am Hang gelegen ist. Sie verfügt über keinerlei Infrastruktur mit Ausnahme eines Kindergartens im benachbarten Wohngebiet (keine Post, ÖPNV, soziale Dienste, Geschäfte etc.). Insgesamt leben 73 Menschen dort, wovon 65 % über 65 Jahre alt sind. In fußläufiger Entfernung (150 m bergauf) liegt ein Kloster (Priesterseminar der Oblaten).

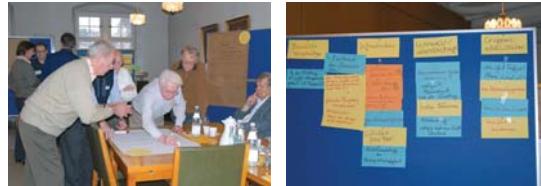
## Forschungsfrage

Wie kann die Versorgung der Bewohner, die mit zunehmendem Alter ihre Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und ihr Potenzial für Nachbarschaftshilfe zu verlieren drohen, sicher gestellt werden?

## Bottom-up-Ansatz

Lösungsmöglichkeiten für die Herausforderungen in Lahnstein wurden gemeinsam mit den zumeist älteren Bewohnern erarbeitet.

Ortsbegehung → Bewohnerinterviews → Expertengespräche → Zukunftswerkstatt → Entwicklung von Handlungsempfehlungen



## Ergebnisse

Die bislang praktizierte Eigen- und Nachbarschaftsleistung bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie mit Dienstleistungen aus dem Gesundheitsbereich stößt mit dem hohen Durchschnittsalter der Bewohner an seine Grenzen. Insbesondere die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und die Post stellen sich als schwierig heraus. Auch ein größerer Treffpunkt für gemeinsame Aktivitäten wurde gewünscht.

## Handlungsempfehlungen

- Das Verbessern der Verkehrsanbindungen der Siedlung durch einen Shuttle-Bus oder ein Sammeltaxi
- Gemeinsamer Briefkasten mit dem Kloster bzw. Verlegung des Briefkastens an einen zentraleren Ort
- Ansiedlung eines Dienstleisters (Zvildienst, FSJ) in der Siedlung als „Kümmerer vor Ort“
- Eine Verbesserung der Versorgung durch das Anliefern von Lebensmitteln
- Umnutzung eines leer stehenden Hauses als Gemeinschaftshaus
- Infozettel für die Bewohner mit Angeboten von Dienstleistern und Läden der Umgebung (z. B. über Apotheken, die Medikamente anliefern)

## Auszüge aus den Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Welche Forschungsergebnisse haben Sie erzielt? Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der Bedarfe und Mängel bei Infrastruktur und Nahversorgung?**

Ergebnisse wurden für soziale und infrastrukturelle Aspekte erzielt. Es standen weniger bauliche und grundsätzliche siedlungstypische Probleme im Vordergrund.

Es geht zum einen um die Versorgung der älteren Bewohner/innen mit Dienstleistern aus dem Gesundheitsbereich. Auch ein größerer Treffpunkt für Aktivitäten wird gewünscht – trotz der langjährigen „Bespielung“ der sogenannten Baubude und des steigenden Alters der Siedler/innen.

Zum anderen geht es um die Verbesserung der Nahversorgung, in erster Linie eine Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr und die Post. Die bislang praktizierte Eigen- und Nachbarschaftsleistung bei der Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs stößt ebenfalls mit dem hohen Durchschnittsalter an die Grenzen.

### **Welche möglichen Lösungsansätze sehen Sie?**

Ein Haus steht leer, das möglicherweise für einen „Kümmerer vor Ort“ nutzbar gemacht werden kann. Da die Siedler die Häuser gemeinsam gebaut haben, und gute Nachbarschaftsbeziehungen bestanden, ist ein guter Kontakt mit der Eigentümerin gegeben.

Die Siedler sind wegen ihrer vielen Aktivitäten in der Stadt gut bekannt, so dass auch die Stadt ein Interesse hat, die Siedler zu unterstützen und wenn möglich an den ÖPNV anzubinden – wenn auch die Linienführung schwierig ist. Möglicherweise ergeben sich jedoch Alternativen wie ein Rufbus oder Sammeltaxi.

Die Post wird kontaktiert werden – entweder nehmen die Briefträger die Post selbst mit oder es wird ein Briefkasten umgesetzt. Die Kooperation mit dem ebenfalls betroffenen Kloster ist gegeben.

Die Siedlergemeinschaft hat kürzlich einen neuen, vergleichsweise jungen Vorsitzenden gewählt, der bei der Zukunftswerkstatt einen sehr engagierten Eindruck hinterlassen hat, und der die Probleme mit Tatkraft angeht.

## Handlungserfordernisse

Die durchgeführten Interviews geben einen guten Überblick über die Lebenssituation sowie die Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner/innen von Allerheiligenberg. So ist mit Hilfe dieser Interviews die Grundlage für die Erarbeitung von Ideen und für die Erstellung von Handlungserfordernissen für die Siedlung Allerheiligenberg gegeben. Darüber hinaus haben sich auf aus der Zukunftswerkstatt Handlungserfordernisse ergeben, die sich mit den erarbeiteten Punkten überschneiden.

Mögliche Lösungsansätze und Ideen wären ein Zivildienstleistender, Sammeltaxi oder Bus, gemeinsamer Briefkasten mit dem nah gelegenen Kloster zusammen oder die Verlegung eines bereits vorhandenen Briefkastens, Infozettel für die Bewohner/innen und eine mögliche Eröffnung eines Gemeinschaftshauses oder Bürgerzentrum. Diese Ansätze werden im folgendem Text im Detail erläutert.

### **Sammeltaxi oder Bus**

Da es in der Siedlung viele verwitwete Frauen ohne Führerschein gibt und in der Zukunft wahrscheinlich einige Bewohner ihren Führerschein altersbedingt abgeben werden, wäre der Einsatz eines Beförderungsmittels sehr hilfreich. In Frage kämen entweder das Sammeltaxi oder das Anlegen einer Buslinie, welche eine Haltestelle nahe oder sogar in der Siedlung vorsähe.

Auf diese Weise könnten mehrere Bewohner/innen auf einmal befördert und das Problem des Erreichens der Versorgungseinrichtungen gelöst werden. Die Abhängigkeit von anderen Siedlern würde sich verringern und vielen würde es Erleichterung verschaffen.

Es wurde schon öfter über eine Buslinie diskutiert, was aber die Stadt Koblenz immer wieder ablehnte.

Wahrscheinlich wäre das Sammeltaxi die einfachste Lösung, weil dieses zu genau dem Zeitpunkt fahren würde an dem es auch wirklich gebraucht würde. Somit könnten die Siedler/innen sich für einen bestimmten Zeitpunkt verabreden und zum Beispiel gemeinsam einkaufen fahren.

Die Finanzierung müsste von der Stadt erbracht und mit den städtischen Taxiunternehmen abgesprochen werden. In vielen kleineren Gemeinden ist es nicht unüblich ein Sammeltaxi bzw. Ruftaxi anzubieten. Dies lohnt sich in kleinen Gemeinschaften mehr als ein fester Liniebus, da das Taxi nur bei Bedarf gerufen wird und nicht immer leer oder kaum besetzt fährt.

### **Gemeinsamer Briefkasten mit dem Kloster oder die Verlegung eines vorhandenen Briefkastens**

Da vom Kloster mehrmals pro Woche jemand in die Stadt fährt könnte ein gemeinsamer Briefkasten des Klosters mit der Siedlung eingerichtet werden, in den die Bewohner ihre zu verschickende Post einwerfen würden. Die Post würde dann immer von demjenigen mit in die Stadt genommen werden der eben gerade hin fährt. Somit könnten die Siedler sich den Weg in die Stadt sparen. Dies wäre vor allem für die Bewohner ohne Führerschein eine enorme Erleichterung.

Dies müsste mit dem Kloster abgesprochen werden und geklärt werden, ob es ihnen keinen Umstand machen würde die Post der Bewohner mitzunehmen.

Ebenfalls könnte die Verlegung eines vorhandenen Briefkastens eine Lösung sein. Die Bewohner/innen haben erzählt, dass in der Umgebung ein Briefkasten ist, der so ungünstig liegt, dass er kaum frequentiert wird. Dieser könnte so verlegt werden, dass er für die Bewohner/innen günstiger zu erreichen ist.

Noch eine Lösungsmöglichkeit könnte sein, dass der Briefträger die Post der Bewohner/innen mitnimmt.

### **Dienstleistende**

Bei einer Bevölkerung mit fortschreitendem Alter können im Alltag die verschiedensten Schwierigkeiten auftreten, wie zum Beispiel Probleme mit dem Tragen von schweren Sachen, verschiedenen Arbeiten im Haus oder Garten, Mobilitätsprobleme. Für solche Schwierigkeiten gäbe es die Möglichkeit einen Zivildienstleistenden in der Siedlung "anzusiedeln" und somit dieser Tatsache entgegen zu treten. Der Zivildienstleistende hätte die Aufgabe den Siedlern in den verschiedensten Situationen zu helfen, sei es beim Tragen der Einkaufstaschen, beim Ausladen des Autos oder sonstigem. So ein "Helfer vor Ort" würde für viele Bewohner einiges erleichtern und die Abhängigkeit von den Nachbarn verringern. Es gäbe auch die Möglichkeit dass er mit den Siedlern einkaufen fährt, was für viele ohne Führerschein eine große Hilfe wäre. Dafür müsste

aber ein Auto bereitgestellt werden, am besten wäre dafür natürlich ein Auto mit Möglichkeit einen Rollstuhl zu verstauen. Da es früher oder später dazu kommen könnte, dass immer mehr Bewohner ohne Gehilfe nicht mehr zurecht kommen werden. Ebenfalls könnte bei örtlichen Bäckereien, Metzgereien, Apotheken und anderen Einzelhandelsgeschäften erfragt werden, ob eine Lieferung in die Siedlung Allerheiligenberg möglich wäre. Dies würde den Bewohner/innen die Selbstversorgung erleichtern. Sie könnten ihre Selbstständigkeit erhalten und wären nicht mehr von anderen Siedler/innen abhängig.

### **Umnutzung eines Hauses zu einem Gemeinschaftshaus**

In der Siedlung gibt es schon einige leer stehende Häuser. Da die Siedler/innen eher ungern jemand fremdes in diesen Häusern hätten, würde es sich anbieten, einen der Leerstände in seiner Nutzung umzuwandeln. In Frage würde zum Beispiel die Umnutzung des Hauses in ein Gemeinschaftshaus kommen. Somit hätten die Siedler/innen ein Haus in dem sie sich zu bestimmten Anlässen alle treffen könnten und wo auch alle Platz fänden. Hier könnte zum Beispiel die „Turnstunde“ der Frauen stattfinden, da die Baubude doch ziemlich klein ist und somit für das Treiben von Sport eher ungeeignet ist. Es gäbe somit die Möglichkeit, Feste auch im Winter im Warmen zu feiern, das Verlegen des Termins auf den Sommer würde somit überflüssig. Die verschiedensten Aktivitäten der Bewohner/innen, unter anderem auch die Theaterproben, könnten dann hier stattfinden.

Die Finanzierung müssten die Bewohner/innen erbringen, über eine monatliche finanzielle Beteiligung. Natürlich müsste diese Umnutzung auch mit dem jeweiligen Hausbesitzer abgesprochen werden und eventuelle Umbauten vorgenommen werden.

### **Infozettel für die Bewohner/innen**

Es soll für die Bewohner/innen von Allerheiligenberg ein Infozettel erstellt werden, dieser soll einen Überblick über verschiedene Themenbereiche bieten, die die Bewohner/innen betreffen und interessieren.

Zum einen soll über die Möglichkeiten des Umbau ihres Heimes informiert werden und welche Optionen es gibt um das Haus „altersgerecht“ umzugestalten, da viele Bewohner/innen betont haben dass sie so lange wie möglich in ihrem Haus bleiben wollen. Zum anderen soll er eine Übersicht über die verschiedenen Altenheime in der Gegend bieten, falls es dann doch keine andere Möglichkeit wie den Umzug mehr geben sollte.

Ebenfalls beinhaltet der Infozettel eine Auflistung von Apotheken, welche die Medikamente nach Hause liefern, dies soll den Bewohnern Erleichterung verschaffen. Somit wären sie nicht mehr so sehr auf andere angewiesen um eine Apotheke und die benötigten Medikamente erreichen zu können.

Der Infozettel könnte auch noch andere interessante Informationen über verschiedene Angebote von verschiedenen Geschäften oder Dienstleistungen der Gegend enthalten, welche für ältere Menschen sehr praktisch sein könnten.

### **Fazit**

Durch den demographischen Wandel wird sich die Gesellschaftsstruktur, sowie die Gesellschaft nachhaltig verändern. So nimmt der Anteil der hoch betagten Bevölkerung in Deutschland immer mehr zu und so muss auf die Bedürfnisse und Probleme dieser Bevölkerungsgruppe immer mehr Rücksicht genommen werden. Doch viele Städte und Gemeinden werden dem nicht gerecht und bieten nicht genug altengerechte Einrichtungen und Dienstleistungen an.

Heutzutage gibt es viele technische Möglichkeiten und Einrichtungen der älteren Bevölkerungsschicht das Leben zu erleichtern und komfortabler zu gestalten. Es können zum Beispiel Maßnahmen im Haushalt vorgenommen werden um dem Bewohner seine Selbstständigkeit zu erhalten und die täglichen Arbeiten zu erleichtern. Mobile Pflegedienste können auch eine Hilfe sein und sich um den Bewohner kümmern. Der empirische Teil der Arbeit zeigt deutlich, welche Defizite bei den älteren Bewohnern in der Siedlung Allerheiligenberg speziell bestehen. Viele Probleme sind auf das hohe Alter der Bevölkerung zurückzuführen, da körperliche Einschränkungen immer häufiger werden.

Diese Probleme sind allgemein in Deutschland bei der älteren Bevölkerung vorzufinden, doch wird die Situation der Bewohner der Siedlung Allerheiligenberg erschwert durch die ungünstige Lage der Siedlung. Um in die Innenstadt zu gelangen, wo Einkaufsmöglichkeiten bestehen und Ärzte vorzufinden sind müssen die Anwohner einen steilen Berg hoch laufen. So ist es für viele Bewohner schwierig ihre Selbstständigkeit zu erhalten, da sie vielleicht nicht so gut einkaufen gehen können oder zum Arzt kommen.

Mit Hilfe der Zukunftswerkstatt konnten Ansätze mit den Bewohnern zusammen, zu einer möglichen Lösung dieser Defizite erarbeitet werden.

Den Bewohnern wurde so gezeigt, dass es ihnen auch möglich ist aus eigener Kraft Lösungen für ihre Probleme in der Siedlung zu finden. Allgemein ist zu sagen, dass die Bewohner der Siedlung Allerheiligenberg offen für mögliche Lösungsansätze und neue Ideen sind, sowie mit den damit verbundenen Änderungen in der Siedlung. Sie wollen auch viel selber in die Hand nehmen um ihre Siedlung und ihre Gemeinschaft zu erhalten und so die Möglichkeit zu haben ihren Lebensabend in ihrem zu Hause zu verbringen ohne groß ihre Selbstständigkeit zu verlieren und die gewohnte Umgebung verlassen zu müssen.

### **Ansprechpartnerin**

Prof. Dr. Annette Spellerberg  
Technische Universität Kaiserslautern, Stadtsoziologie  
Pfaffenbergstr. 95  
67663 Kaiserslautern  
Tel.: 0631 / 205-4854  
E-mail: spellerb@rhrk.uni-kl.de



# Alt werden in Wixhausen

## Technische Universität Darmstadt

Institut für Soziologie  
In Kooperation mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt  
35 Studierende im Hauptstudium der Soziologie

Dr. Uwe Engfer

## Darmstadt-Wixhausen



Wixhausen ist der nördlichste und kleinste Stadtteil der Stadt Darmstadt. Insgesamt beträgt die Bevölkerung ca. 5.800 Personen, wovon 19,2% über 65 Jahre alt sind. Im Fall von Wixhausen findet die Alterung im Bestand in besonders ausgeprägter Form statt, da in Folge der Flughafenplanungen neue Baugebiete kaum ausgewiesen werden können. Insbesondere im „alten Dorf“ westlich der Bahnlinie Darmstadt-Frankfurt liegt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren – obwohl es dort kein Heim oder ähnliche Einrichtungen gibt – mit 20,3% deutlich über dem Stadtgebietsdurchschnitt.

## Forschungsfrage

Wie ist die Situation der Generation 65plus in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld, Mobilität, soziale Netzwerke, Dienstleistungsbedarf, Bildungsinteressen und Freizeit?

## Begleitforschung zum Projekt der Stadt Darmstadt „Alt werden in Wixhausen“

Auftaktveranstaltung in Wixhausen → offene Foren mit Gruppendiskussionen → schriftliche Befragung der Anwesenden → Begleitung von Kleinprojekten der Bewohner → Entwicklung eines Fragebogens → schriftliche Repräsentativumfrage aller über 64-Jährigen → Auswertung → E-Learning-Projekt



## Ergebnisse

Wixhausen weist eine Reihe von infrastrukturellen Problemen auf: Es gibt kein Ortszentrum, Neubaugebiete sind kaum mehr möglich, die Bausubstanz im westlichen Teil Wixhausens ist alt, zudem fehlen in diesem Teil Einkaufsmöglichkeiten. Weiterhin gibt es in Wixhausen keine Einrichtungen für stationäre Pflege.

## Handlungsempfehlungen

Die Daten der schriftlichen Befragung sind noch nicht ausgewertet, d. h. konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor. Auf Basis der späteren Auswertung können Antworten zu folgenden Fragen entwickelt werden:

- Wie steht es um Art und Umfang des Hilfsbedarfs bei den Hochaltrigen?
- Welchen Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen für Senioren gibt es und inwieweit könnte dieser bezahlt werden?
- Ist ein Begegnungszentrum für ältere Erwachsene im Stadtteil erwünscht?
- Wie können Wohnungen und Wohnumfeld altersgerecht gestaltet werden?
- Ist Bedarf für eine Pflegeeinrichtung im Stadtteil gegeben?
- Wie können Seniorenangebote, die zum Großteil zur Zeit nicht genutzt werden, attraktiver gestaltet werden?

## **Antworten auf die „Fragen während der Laufzeit des Projektes“ und Ausblick auf den Abschluss des Lehrforschungsprojektes**

### **Stand der Arbeit und Kontakt mit den Akteuren vor Ort**

Die Besonderheit dieses Lehrforschungsprojektes ist, dass es – mit Ähnlichkeiten zur Auftragsforschung – in sehr enger Kooperation mit einer Vielzahl von Akteuren vor Ort durchgeführt wird. Entstanden ist das Lehrforschungsprojekt mit dem Ziel, das Sozialplanungsprojekt „Aktiv im Alter“, das die Wissenschaftsstadt Darmstadt auf eine überparteiliche Initiative der politischen Mandatsträger im Stadtteil Wixhausen hin im Herbst 2008 gestartet hatte, wissenschaftlich zu begleiten und gleichzeitig aktiv Teilaufgaben in diesem Sozialplanungsprojekt (Laufzeit bis Ende 2009) zu übernehmen. In der Startphase des Projektes „Aktiv im Alter“ fand eine Auftaktveranstaltung statt (Nov. 2008), an der das Lehrforschungsprojekt intensiv beteiligt war: Mit einem kleinen Fragebogen wurde eine schriftliche Befragung der Anwesenden durchgeführt, die geplante Repräsentativ-Umfrage im Stadtteil wurde vorgestellt, und in den sechs offenen Foren, in denen im Stil von Gruppendiskussionen Anregungen der Teilnehmer gesammelt wurden, waren die Studierenden mit Audio-Aufnahmegeräten anwesend, um die Wortbeiträge zu dokumentieren. In der Folgezeit (Nov./Dez. 2008) haben die Studierenden auf der Basis dieses Materials praktische Erfahrungen im Transkribieren von Gesprächen gesammelt. Die Ergebnisse der Besucherbefragung und die Transkripte der Gruppengespräche wurden den Verantwortlichen des Projektes „Aktiv im Alter“ zur Verfügung gestellt und konnten so für die Projektentwicklung genutzt werden. Die sich in (und nach) der Auftaktveranstaltung konstituierenden Kleinprojekte zu Einzelaspekten einer seniorengerechten Weiterentwicklung des Stadtteils (Wohnen, Dienstleistungen, Begegnungsstätte) werden seither von den Studierenden begleitet. Bei allen – in der Regel moderierten – Treffen der interessierten Älteren sind ein oder zwei Studierende anwesend und dokumentieren den Verlauf der Ereignisse. Es ist geplant, die im Rahmen dieser Begleitforschung zum Projekt „Aktiv im Alter“ gesammelten Dokumente und Beobachtungen im zweiten Halbjahr 2009 systematisch auszuwerten, um ggf. Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zu dieser Art partizipatorischer Sozialplanung zu geben. Die Auswertungsphase zu diesem Teilprojekt unserer Lehrforschung ist im Detail noch nicht geplant; Ergebnisse werden voraussichtlich erst nach Ende der Laufzeit des Projektes „Alternde Räume“ vorliegen.

Das Lehrforschungsprojekt läuft über zwei Semester (Okt. 2008 bis Sep. 2009). Derzeit arbeiten unverändert ca. 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam mit dem Veranstaltungsleiter und zwei Tutoren in den beiden parallel laufenden Teilprojekten (Begleitforschung und Bürgerbefragung). In der Vorlesungszeit finden wöchentliche Sitzungen im Plenum statt, in der vorlesungsfreien Zeit wurden mehrere ganztägige Blockveranstaltungen abgehalten. Zu Steigerung der Medienkompetenz der Studierenden werden alle Projektaktivitäten auf der Basis der E-Learning-Plattform „Moodle“ organisiert.

Das Teilprojekt, das seit Dez. 2008 im Zentrum des Lehrforschungsprojektes steht, ist die schriftliche Repräsentativ-Umfrage unter allen Personen im Stadtteil, die das 64. Lebensjahr vollendet haben (ca. 1150 Personen). Der Fragebogen wurde im Dez. 2008 bis Feb. 2009 entwickelt. Zum einen ist das Erhebungskonzept eine projektspezifische Adaption des Indikatoren-Systems der „Sozialplanung für Senioren“, das im Internet allen kommunalen Verwaltungen zur Verfügung steht. Zum anderen wurden die Themen der Befragung auch in Abstimmung mit der Sozialverwaltung (Altenhilfeplanung) der Wissenschaftsstadt Darmstadt, den politischen Mandatsträgern

im Stadtteil Wixhausen, und auf der Basis der Gespräche mit den am Projekt teilnehmenden Seniorinnen und Senioren festgelegt. In dieser Phase des Lehrforschungsprojektes sollten die Studierenden Erfahrungen sammeln, wie „Themen“ und „Fragen“ in konkrete Fragetypen, Frageformulierungen, Frageformate und einen in Design, Mikro- und Makrosukzession sowie Selbsterklärungskraft professionellen Fragebogen umgesetzt werden können. Der Fragebogen wurde in einer Auflage von 1500 Exemplaren mit finanzieller Unterstützung der Wissenschaftsstadt Darmstadt gedruckt. Die in dem 24 Seiten umfassenden Fragebogen erhobenen Variablen decken alle Themenbereiche des Projektes „Alternde Räume“ ab. Schwerpunkte sind Fragen zu Wohnung und Wohnumfeld insbesondere zu Infrastrukturdefiziten (Einrichtungen und Dienstleistungen), Sozialkontakten, Hilfebedarf und erhaltene Unterstützungen, Mobilität und Freizeitgestaltung.

Im Feb. und März 2009 war die Befragung „im Feld“. Mit Unterstützung der Wissenschaftsstadt Darmstadt insbesondere der Leitung des Amtes für Statistik und Stadtforschung konnten die Adressen aus dem Einwohnermelderegister ausgelesen und für den Versand der Fragebögen aufbereitet werden. Der Oberbürgermeister und das federführende Magistratsmitglied haben in einem gesonderten Anschreiben auf die Bedeutung der Umfrage hingewiesen und für rege Beteiligung geworben. In einer gemeinsamen logistischen Anstrengung der Stadtverwaltung und der Studierenden wurden die Briefe mit Fragebogen, Anschreiben, Rückumschlag adressiert und – in einer gemeinsamen „Exkursion“ – von den Studierenden zugestellt. Während der Laufzeit der Befragung (Ende Feb. bis Ende März) wurden zwei Nachfassaktionen durchgeführt: zum einen eine Pressemitteilung, die in verschiedenen Zeitungen erschien, zum anderen eine an alle Zielpersonen gerichtete Postkarte, mit der allen gedankt wurde, die bereits geantwortet hatten, und mit der die Übrigen an das Ausfüllen der Fragebogen erinnert wurden. Auf eine weitere Nachfassaktion wurde bewusst verzichtet, weil wegen der dazu notwendigen individuellen Rücklaufkontrolle unseres Erachtens die Anonymität nicht mehr glaubhaft hätte zugesichert werden können.

Gemessen an der Antwortbereitschaft haben die Bewohner außerordentlich positiv auf unsere Forschung reagiert. Ca. 590 Fragebögen, das ist ein Rücklauf von 52%, haben wir in die weitere Bearbeitung einbeziehen können. Da wir aus dem Einwohnermelderegister Kenntnis der tatsächlichen Verteilungen der Variablen Alter, Geschlecht und Wohnsitz in einem der vier Wixhäuser Wahlbezirke haben, kann die Qualität der „Stichprobe“ gut abgeschätzt werden. Danach sind bei allen drei Variablen die Abweichungen der Randverteilungen in der Stichprobe von denen in der Grundgesamtheit minimal. Sogar die bivariaten Häufigkeiten der Merkmalskombinationen gleichen denjenigen in der Grundgesamtheit sehr genau. Unsere Umfrage genügt also in dieser Hinsicht auch strengen Qualitätskriterien der professionellen Umfrageforschung, und die in der Auswertung zu ermittelnden Werte sind „repräsentativ“.

Noch während der Laufzeit der Befragung wurde gemeinsam ein codeplan und eine SPSS-Eingabe-Maske erarbeitet. Die so vorbereitete Datenerfassung konnte noch in der vorlesungsfreien Zeit erfolgen. Die Studierenden hatten Gelegenheit, alle Schritte und Probleme der EDV-gerechten Aufbereitung von Fragebögen, der Kodierung offener Fragen und der Datenbereinigung praktisch kennen zu lernen. Seit Ende April steht eine analysefertige SPSS-Datei zur Verfügung, die in den folgenden Monaten ausgewertet werden soll. Methodische Lernziele in dieser letzten Phase des Lehrforschungsprojektes sind die praktische Durchführung von Tabellen- und Regressionsanalysen, die Konstruktion von Skalen und Indizes, die Umsetzung der Ergebnisse statistischer Analysen in Präsentationsgraphiken sowie die Formulierung empirischer

Forschungsberichte. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Auswertung ergeben sich zum einen aus den Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vor allem – und zunächst – aber aus den Vorgaben und Wünschen der Beteiligten in den Projekten vor Ort in Wixhausen und in der Stadt Darmstadt.

### **Ergebnisse des Projekts und Handlungsempfehlungen**

Aus der Entstehungsgeschichte des Lehrforschungsprojektes und aus seiner Integration in ein städtisches Sozialplanungsprojekt ergibt sich, dass ein Großteil der Auswertungsergebnisse direkt in den Beratungen der Steuerungsgruppe, der Stadtverwaltung und der Projektgruppen vor Ort in Wixhausen Verwendung finden wird. Eine veröffentlichungsreife Übersicht über das Gesamtspektrum der erhobenen Indikatoren mit geeigneten bivariaten und multivariaten tabellarischen Aufgliederungen wird erst in einigen Wochen vorliegen, Textfassungen in Form von kleinen Forschungsberichten oder Aufsätzen noch später. Wir verzichten deshalb zum jetzigen Zeitpunkt darauf, vorschnell einige Ergebnisse zu präsentieren, die nicht vorab den Kooperationspartnern in der Stadtverwaltung und in Wixhausen vorgestellt worden sind. Da ohne die genaue Kenntnis der Umfrage-Ergebnisse hier und heute auch keine Handlungsempfehlungen formuliert werden können, versteht sich von selbst. Allerdings ist die Erarbeitung von solchen Empfehlungen fest eingeplant, so dass sich einige Bereiche angeben lassen, die bisher im Fokus der Projektberatungen standen, und zu denen es mündliche oder schriftliche Anfragen an unser Projekt gibt:

- In der Altenhilfeplanung gibt es das Interesse an verlässlichen Zahlen zu Art und Umfang des Hilfebedarfs bei den Hochaltrigen. Wir können mit unseren Erhebungen hier Abhilfe schaffen und Empfehlungen zu Prioritätensetzungen erarbeiten.
- Verbände und kommerzielle Anbieter, die im Projekt „Aktiv im Alter“ involviert sind, sind an einer Quantifizierung der Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen für Senioren interessiert. Wir können auf der Basis unserer Daten Empfehlungen erarbeiten, in welchen Bereichen es hier Bedarf gibt und inwieweit die Haushalte bereit und in der Lage sind, für solche Dienstleistungen Marktpreise zu zahlen.
- Die Projektgruppe, die ein Begegnungszentrum für ältere Erwachsene im Stadtteil plant, befindet sich im Unklaren darüber, wie gut die Idee eines solchen Zentrums im Stadtteil ankommt und was in einer solchen Einrichtung geboten werden sollte. Wir können anhand unserer Daten belegen das rund zwei Drittel der Befragten eine solche Begegnungsstätte begrüßen, und wir können – anhand unserer Indikatoren zu Interessen bei der Freizeitgestaltung – Empfehlungen erarbeiten, was möglicherweise an Aktivitäten geplant werden sollte.
- Schon ein erster Blick auf die Daten zeigt, dass die ganz überwältigende Mehrheit der Befragten solange es geht, in Wixhausen wohnen bleiben möchte. Gleichzeitig geben viele Befragte Hinweise darauf, dass ihre Wohnung und ihr Wohnumfeld nicht altengerecht sind. Wir könnten hier Empfehlungen erarbeiten, mit welchen Punkten sich die Projektgruppe „Wohnen“ möglicherweise befassen könnte.
- Obwohl nur sehr Wenige persönlich den Umzug in eine Pflegeeinrichtung planen, geben neun von zehn älteren Erwachsenen in Wixhausen an, eine solche Einrichtung zu vermissen. Als Handlungsempfehlung ergibt sich für uns daraus, dass die Akteure im Stadtteil und in der Stadt diese Option weiter prüfen sollten.

- Bei der Altenhilfeplanung und den Vereinen im Stadtteil besteht ein Interesse daran, heraus zu finden, warum ein Großteil der älteren Erwachsenen „Seniorenangebote“ nicht annimmt. Wir könnten anhand einiger Indikatoren Empfehlungen erarbeiten, was an solchen Angeboten geändert werden müsste, damit sie an Attraktivität gewinnen.

Welche Punkte darüberhinaus aufgegriffen werden, ist noch nicht entschieden. Da die Arbeit der Studierenden im Lehrforschungsprojekt aber mit Berichtsarbeiten zu einem Teilbereich der Erhebung enden wird, ist geplant, allen Gruppen oder Einzelautor(innen) die Formulierung von Handlungsempfehlungen als Aufgabe mit auf den Weg zu geben. Je nach Engagement der Studierenden könnten solche Empfehlungen dann nicht nur abstrakt reflektiert werden, sondern sie könnten auch konkreten Akteuren im Stadtteil oder im Planungsprozess vorgestellt und mit ihnen diskutiert werden. Ein solches Experiment wäre wahrscheinlich sehr aufschlussreich für die Beantwortung der Frage, wie wirksam Handlungsempfehlungen sind, die aus Umfrage-Ergebnissen abgeleitet werden.

### **Kooperation mit anderen Lehrforschungsprojekten**

Die konzentrierte und effektive Mitarbeit der Studierenden in diesem Lehrforschungsprojekt zeigt, dass diese Kombination von Hochschullehre und Forschung unter Ernstbedingungen „im Auftrag“ einer ganz konkreten planenden Verwaltung sehr attraktiv ist. Sie ist allerdings sowohl für Lehrende als auch für Studierende sehr zeitaufwändig, und sie führt dazu, dass die Kooperationspartner im Bezugsprojekt ganz in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Das hat im vorliegenden Lehrforschungsprojekt dazu geführt, dass die Selbstverortung als ein Projekt im Rahmen des Programms „Alternde Räume“ immer wieder etwas in den Hintergrund getreten ist, und eine systematische Beschäftigung mit den anderen Lehrforschungsprojekten nicht stattgefunden hat.

Die Nutzung der Internetangebote des Programms „Alternde Räume“ war ebenfalls nicht optimal. Ein regelmäßiger Besuch der entsprechenden Seiten ist zwar mehrfach empfohlen worden, aber durch die Gestaltung der Lehre nicht wirklich zwingend gewesen. Dies mag auch daran gelegen haben, dass die Lehre und die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen über eine E-Learning-Plattform (Moodle) organisiert wurde, über die alle für das Projekt interessanten Dinge der Außenwelt verfügbar gemacht wurden. Der Zwang zur regelmäßigen Benutzung dieser Plattform (Email-Kommunikation, Foren, Terminabsprachen, Download von Arbeitsmaterialien, Arbeit an gemeinsamen Texten mit Wikis) hatte möglicherweise einen Verdrängungseffekt. Berücksichtigt man außerdem, dass heutige Studierende mit allen möglichen Internetseiten und Softwaresystemen regelmäßig kommunizieren müssen (und dazu viele Weitere freiwillig nutzen), dann wird deutlich, dass interessante Kommunikationsangebote im Internet keine Selbstläufer mehr sind, sondern zunehmend um ein letztlich beschränktes Zeitkontingent für die Internetnutzung konkurrieren.

### **Ansprechpartner**

Dr. Uwe Engfer

Technische Universität Darmstadt, Institut für Soziologie

Residenzschloss

64283 Darmstadt

Tel.: 06151/ 163667

e-mail: engfer@ifs.tu-darmstadt.de

Bei den Texten handelt es sich um Auszüge aus den Antworten, die die Lehrforschungsprojekte auf Fragen der Schader-Stiftung geliefert, sowie um Auszüge oder vollständige Wiedergaben der Handlungsempfehlungen, die die Projekte nach Abschluss ihrer Forschungen formuliert haben.

Die voran gestellten Banner sind seitens der Schader-Stiftung redaktionell überarbeitet worden und dienen der kurzen Vorstellung der Herangehensweisen, Ergebnisse sowie der entwickelten Handlungsempfehlungen der Lehrforschungsprojekte.

Konzeption und Gestaltung der Banner übernahm dankenswerterweise Prof. Pfestorf im Netzwerk mit Michael Schumacher, Maria Hebeisen und Christopher Dürr (kontakt@konzeption-gestaltung.de).

**Schader-Stiftung**

Karlstr. 85  
64285 Darmstadt  
Tel. 06151 / 17 59 – 0  
e-mail: kontakt@schader-stiftung.de

[www.schader-stiftung.de](http://www.schader-stiftung.de)